



# Landtag von Baden-Württemberg

84. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 13. Februar 2019 • Haus des Landtags

Beginn: 9:04 Uhr

Schluss: 12:15 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin . . . . .	5065	2. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz zur Umsetzung des Qualitätskonzepts für die öffentlichen Schulen in Baden-Württemberg</b> – Drucksache 16/5422	
Eintritt der Abg. Dr. Ute Leidig . . . . .	5065	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultus, Jugend und Sport – Drucksache 16/5681. . . . .	5076
Nachwahl eines stellvertretenden Mitglieds des Verwaltungsrats des Badischen Staatstheaters Karlsruhe . .	5065, 5097	Abg. Sandra Boser GRÜNE. . . . .	5076, 5081
Umbesetzung im Parlamentarischen Kontrollgremium . . . . .	5065, 5097	Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU . . . . .	5077, 5081
Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen . . .	5065, 5098	Abg. Dr. Rainer Balzer AfD. . . . .	5077
Umbesetzungen bei den Schriftführern und beim Wirtschaftsausschuss . . . . .	5065, 5075, 5083, 5099	Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD. . . . .	5078
Abg. Nicole Razavi CDU (zur Geschäftsordnung). . .	5065	Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP. . . . .	5079, 5082
Abg. Anton Baron AfD (zur Geschäftsordnung) . . . .	5066	Ministerin Dr. Susanne Eisenmann . . . . .	5080
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos) (zur Geschäftsordnung). . . . .	5066	Beschluss . . . . .	5082
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP (zur Geschäftsordnung). . . . .	5066	Abg. Stefan Räßle AfD (zur Geschäftsordnung) . . .	5083
Beschluss. . . . .	5075, 5083		
1. Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP und Antwort der Landesregierung – <b>IT-Sicherheit von Kritischer Infrastruktur (KRITIS) und Institutionen im besonderen staatlichen Interesse (INSI)</b> – Drucksache 16/3345 . . . . .	5067	3. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg</b> – Drucksache 16/5421	
Abg. Daniel Karrais FDP/DVP . . . . .	5067, 5074	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultus, Jugend und Sport – Drucksache 16/5682. . . . .	5083
Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE . . . . .	5068	Abg. Brigitte Lösch GRÜNE. . . . .	5083
Abg. Manuel Hagel CDU. . . . .	5069	Abg. Norbert Beck CDU . . . . .	5084
Abg. Klaus Dürr AfD. . . . .	5070, 5074	Abg. Dr. Rainer Balzer AfD. . . . .	5084
Abg. Rainer Stickelberger SPD . . . . .	5071	Abg. Daniel Born SPD. . . . .	5085, 5087
Minister Thomas Strobl . . . . .	5072	Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP. . . . .	5086
Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos). . . . .	5075	Ministerin Dr. Susanne Eisenmann . . . . .	5087
		Beschluss . . . . .	5087

4. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz des Landes Baden-Württemberg für den Übergangszeitraum nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union (Brexit-Übergangsgesetz BW – BrexitÜG BW)</b> – Drucksache 16/5677 . . . . .	5088	Nächste Sitzung . . . . .	5096
Minister Guido Wolf . . . . .	5088	Anlage 1	
Abg. Josef Frey GRÜNE . . . . .	5090	Wahlvorschlag der Fraktion GRÜNE – Nachwahl eines stellvertretenden Mitglieds des Verwaltungsrats des Badischen Staatstheaters Karlsruhe . . . . .	5097
Abg. Joachim Kößler CDU . . . . .	5091	Anlage 2	
Abg. Emil Sänze AfD . . . . .	5092	Wahlvorschlag der Fraktion GRÜNE – Umbesetzung im Parlamentarischen Kontrollgremium . . . . .	5097
Abg. Peter Hofelich SPD . . . . .	5093	Anlage 3	
Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP . . . . .	5094	Vorschlag der Fraktion der CDU – Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen . . . . .	5098
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos) . . . . .	5095	Anlage 4	
Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos) . . . . .	5096	Vorschlag der Fraktion der AfD – Umbesetzungen bei den Schriftführern und beim Wirtschaftsausschuss . . . . .	5099
Beschluss . . . . .	5096		

## Protokoll

### über die 84. Sitzung vom 13. Februar 2019

Beginn: 9:04 Uhr

**Präsidentin Muhterem Aras:** Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 84. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Von der Teilnahmepflicht befreit sind Herr Abg. Deuschle, Herr Abg. Dr. Kern, Herr Abg. Nemeth, Herr Abg. Palka, Herr Abg. Schoch sowie Frau Abg. Schwarz.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt hat sich ganztätig Frau Staatssekretärin Olschowski. Außerdem ist Frau Staatsrätin Erler entschuldigt.

Meine Damen und Herren, ich freue mich, dass wir heute eine neue Kollegin begrüßen dürfen. Die Landeswahlleiterin hat mit Schreiben vom 19. Dezember 2018 mitgeteilt, dass Sie – –

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE unterhält sich an der Regierungsbank mit Minister Thomas Strobl.)

– Lieber Herr Abg. Schwarz! – Danke.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Die Landeswahlleiterin hat mit Schreiben vom 19. Dezember 2018 mitgeteilt, dass Sie, liebe Frau Dr. Ute Leidig, mit Wirkung vom 1. Februar 2019 die rechtliche Stellung einer Abgeordneten des 16. Landtags von Baden-Württemberg erworben und somit die Nachfolge von Frau Bettina Lisbach angetreten haben. Im Namen des ganzen Hauses heiße ich Sie hier herzlich willkommen und wünsche Ihnen bei der Ausübung Ihres Mandats viel Glück und Erfolg.

(Beifall bei allen Fraktionen und auf der Regierungsbank)

Eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt Ihnen vielfältig vor. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu. Vielen Dank.

\*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung des Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit vom 16. Januar 2019 – 34. Datenschutz-Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg für das Jahr 2018 – Drucksache 16/5000

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

2. Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 5. Februar 2019 – Bericht über aktuelle europapolitische Themen – Drucksache 16/5700

Überweisung an den Ausschuss für Europa und Internationales

3. Mitteilung der Landesregierung vom 6. Februar 2019 – Bericht der Landesregierung nach § 6 Absatz 1 des Auszeichnungsgesetzes (AuszG) – Drucksache 16/5701

Kenntnisnahme, keine Ausschussüberweisung

\*

Wir kommen nun – ausgelöst durch den Mandatswechsel bei der Fraktion GRÜNE – zur Nachwahl eines stellvertretenden Mitglieds in den Verwaltungsrat des Badischen Staatstheaters Karlsruhe. Die Fraktion GRÜNE schlägt als Nachfolgerin der früheren Abgeordneten, Frau Bettina Lisbach, Frau Abg. Dr. Ute Leidig vor. Ein entsprechender Wahlvorschlag liegt auf Ihren Tischen (*Anlage 1*). Sind Sie damit einverstanden, in offener Wahl über diesen Wahlvorschlag abzustimmen? – Das ist der Fall. Vielen Dank.

Wer diesem Wahlvorschlag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Vielen Dank. Dem Wahlvorschlag ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Auf Ihren Tischen finden Sie zudem einen Vorschlag der Fraktion GRÜNE für Umbesetzungen im Parlamentarischen Kontrollgremium (*Anlage 2*). – Ich stelle fest, dass Sie den vorgeschlagenen Umbesetzungen zustimmen. Vielen Dank.

Außerdem finden Sie auf Ihren Tischen einen Vorschlag der Fraktion der CDU für Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen (*Anlage 3*). – Ich stelle fest, dass Sie auch diesen vorgeschlagenen Umbesetzungen zustimmen. Danke schön.

Darüber hinaus liegt Ihnen ein Vorschlag der Fraktion der AfD für Umbesetzungen bei den Schriftführern und im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau vor (*Anlage 4*). Es ist beantragt, über den Umbesetzungsvorschlag der AfD bezüglich des Schriftführers getrennt und förmlich abzustimmen.

Jetzt liegen mir zwei Wortmeldungen vor: eine von Frau Abg. Razavi und dann eine von Herrn Abg. Baron.

**Abg. Nicole Razavi** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf unseren Antrag, den Antrag der Fraktion GRÜNE sowie der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP/DVP, an dieser Stelle begründen. Wir bezweifeln nicht das Vorschlagsrecht der AfD-Fraktion, wir kön-

(Nicole Razavi)

nen aber diesem Vorschlag, Herrn Räßple zum Schriftführer zu wählen, keinesfalls zustimmen. Denn die AfD zweifelt ja selbst daran, ob Herr Räßple mit beiden Beinen auf dem Boden unserer Rechtsstaats steht, und hat deswegen auch ein Parteiausschlussverfahren in Gang gesetzt. Deswegen können wir diesem Vorschlag nicht zustimmen und beantragen ein förmliches Abstimmungsverfahren.

(Beifall bei der CDU, den Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Baron, Sie haben das Wort.

**Abg. Anton Baron** AfD: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Wir weisen diese Vorwürfe zurück.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Da muss er selbst lachen! – Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Die AfD hat das Vorschlagsrecht und darf jeden Abgeordneten vorschlagen, der in den Reihen der AfD hockt.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Stimmt!)

Deswegen beantragen wir in diesem Zusammenhang eine geheime Abstimmung.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Nicole Razavi CDU: Das macht es euren Abgeordneten leichter, dagegen zu stimmen! Das ist gut! – Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist in sich schlüssig! – Unruhe)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um etwas Ruhe. – Jetzt habe ich noch die Wortmeldung von Herrn Abg. Dr. Fiechtner zur Geschäftsordnung. – Bitte.

(Abg. Winfried Mack CDU: Er kandidiert auch in geheimer Abstimmung! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Kampf abstimmung! – Zuruf: „Ich kandidiere“! – Weitere Zurufe)

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Es ist ein Trauerstück, was die AfD hier wieder abliefern. Ich frage mich, was in den Köpfen dieser Fraktion eigentlich vor sich geht.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist nicht zulässig, solche Reden! Er spricht nicht zur Geschäftsordnung!)

Auf Landesebene läuft ein Parteiausschlussverfahren, hier erweist sich dieser Abgeordnete als Vertreter antisemitischer Bestrebungen, randaliert im Parlament herum, und dieser Fraktion fällt nichts anderes ein, als ihn dann noch zum Schriftführer in herausgehobener Position zu benennen.

Ich stimme dem Antrag der AfD zu, eine geheime Abstimmung zu machen, und ich hoffe, dass der Anteil derer in dieser Fraktion, die diese Positionierung ablehnen, möglichst hoch ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei den Grünen und der CDU)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren, es ist geheime Abstimmung beantragt. Das ist nach § 97 a Absatz 2 der Geschäftsordnung auch zulässig.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das ist das erste Mal, dass wir geheim abstimmen! Das hatten wir noch nicht! – Unruhe – Zuruf: Pst!)

Deshalb findet jetzt eine geheime Wahl statt. Dazu brauchen wir natürlich organisatorische Vorbereitungen. Wir müssen die Wahl vorbereiten, die Wahlurne bereitstellen usw. Daher schlage ich vor, dass wir die Sitzung für 15 Minuten unterbrechen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP meldet sich. – Abg. Nicole Razavi CDU: Was? – Weitere Zurufe – Unruhe)

– Ja. – Meine Damen und Herren, es ist eine geheime Wahl beantragt. Diese ist auch zulässig. Für die geheime Wahl müssen wir bestimmte organisatorische Vorkehrungen treffen. – Sie sind gleich dran. Vielen Dank.

Für die Wahlkommission kann ich jetzt schon einmal sagen, dass sich die Abgeordneten, die bisher in der Wahlkommission waren, bereithalten sollen. Das sind Frau Abg. Boser, Frau Abg. Lindlohr, Herr Abg. Berg, Herr Abg. Freiherr von Eyb, Herr Abg. Haußmann, Herr Abg. Nelius und Herr Abg. Dr. Rapp.

Herr Abg. Dr. Rülke, Sie hatten sich gemeldet.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Frau Präsidentin, wäre es aus Gründen der Zeitökonomie nicht vernünftiger, erst den Tagesordnungspunkt 1 vorzuziehen

(Abg. Nicole Razavi CDU: Sehr gut! – Zuruf: Genau!)

und in dieser Zeit die Vorbereitungen für die geheime Abstimmung zu treffen?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP, der Grünen, der CDU und der SPD – Abg. Nicole Razavi CDU: Das ist mal ein guter Vorschlag von dir! – Abg. Winfried Mack CDU: Applaus vom ganzen Haus!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dr. Rülke, danke schön.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP unterhält sich. – Abg. Nicole Razavi CDU zu Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die Präsidentin spricht!)

Das ist natürlich auch möglich. Wir können das gern so machen.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Wir können auch darüber abstimmen!)

– Wir können auch darüber abstimmen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Geheim! – Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wir sind einverstanden! – Weitere Zurufe)

(Präsidentin Muhterem Aras)

Nein. Meine Damen und Herren, der Vorschlag von Herrn Abg. Dr. Rülke findet eine so große Zustimmung, dass ich gar keine Abstimmung brauche.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Können wir das für das Protokoll festhalten? – Vereinzelt Heiterkeit – Gegenrufe, u. a.: Einmalige Angelegenheit! – Einer der seltenen Momente!)

Meine Damen und Herren, damit treten wir in die Tagesordnung ein und ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

**Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP und Antwort der Landesregierung – IT-Sicherheit von Kritischer Infrastruktur (KRITIS) und Institutionen im besonderen staatlichen Interesse (INSI) – Drucksache 16/3345**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion und für das Schlusswort der die Große Anfrage stellenden Fraktion eine zusätzliche Redezeit von fünf Minuten festgelegt.

In der Aussprache erteile ich nun das Wort für die FDP/DVP-Fraktion Herrn Abg. Karrais.

**Abg. Daniel Karrais** FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der ukrainischen Hauptstadt Kiew gelang es Hackern Ende 2015, den Strom für mehrere Stunden abzuschalten. Anfang 2016 haben Cyberkriminelle ein Schadprogramm in das Netzwerk eines digitalen Vorzeigekrankenhauses in Neuss eingeschleust. Im Mai 2017 störte WannaCry u. a. den Betrieb der Deutschen Bahn. Im Sommer 2017 drangen dann bei uns hier im Ländle in das Netz einer Tochterfirma der EnBW ebenfalls Hacker ein. 2017 wurden zeitgleich drei Krankenhäuser in Großbritannien gehackt, lahmgelegt und Patientendaten abgegriffen. Diese Liste ist unvollständig, und man könnte sie noch lange fortführen.

Wir Freien Demokraten sehen die Chancen der Digitalisierung, aber auch die Aufgaben und Herausforderungen, die damit einhergehen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Darum ist für uns die Cybersicherheit ein besonders wichtiges Thema. Für uns ist nämlich klar: Die Digitalisierung der Gesellschaft kann nur dann funktionieren, wenn wir der Sicherheit der digitalen Prozesse auch vertrauen können.

Bei Cyberangriffen ist es wie bei Einbrechern: Jeder ist für den Schutz seines Hauses selbst verantwortlich, um es Einbrechern so schwer wie möglich zu machen. Aber es ist die staatliche Aufgabe, Fähigkeiten aufzubauen und vorzuhalten, um die Einbrecher zu finden, zu verfolgen und dingfest zu machen. Am besten sorgt der Staat aber auch präventiv dafür, dass es gar keine Eingriffe gibt.

(Von der Lautsprecheranlage sind Störgeräusche zu vernehmen. – Heiterkeit – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Schon geht's los!)

Hacker sind die Einbrecher – ja, sie sind jetzt wahrscheinlich auch im System drin – des 21. Jahrhunderts. Sie stehlen aber

nicht nur Geld und Schmuck, sondern sie sind weitaus gefährlicher, und sie kommen offensichtlich in das System des Landtags hinein. Sie stehlen unsere persönlichen Daten und Geschäftsgeheimnisse, und das Schlimme ist: Sie können durch gezielte Angriffe ganze Landstriche lahmlegen und das öffentliche Leben beeinflussen.

(Anhaltende Störgeräusche von der Lautsprecheranlage.)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Karrais, warten Sie vielleicht ganz kurz, denn die Störgeräusche sind echt fast eine Zumutung. Entschuldigen Sie bitte. Wir schauen, dass der Fehler schnell behoben wird.

(Unruhe)

**Abg. Daniel Karrais** FDP/DVP: Machen wir das so.

(Anhaltende Unruhe – Zuruf: Die Redezeit läuft weiter!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Okay, jetzt geht's wieder.

**Abg. Daniel Karrais** FDP/DVP: Okay. – Wenn ich meine Redezeitanzeige wiederhaben könnte.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Ja, ja.

**Abg. Daniel Karrais** FDP/DVP: Dann fange ich mit dem letzten Punkt noch einmal an.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Jetzt hört man etwas!)

– Jetzt hört man etwas. Ja, das klingt besser. Gut.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Also: Cybersicherheit ist ein hohes Gut.

Hacker sind die Einbrecher des 21. Jahrhunderts. Sie stehlen aber nicht nur Geld und Schmuck, sondern sie sind weitaus gefährlicher. Vor allem dann, wenn sie in Kritische Infrastrukturen eindringen, kann es Hackern gelingen, ganze Landstriche lahmzulegen und das öffentliche Leben massiv zu beeinträchtigen.

Unternehmen sind in hohem Maß selbst für die IT-Sicherheit verantwortlich. Doch bei Kritischen Infrastrukturen, die in privater Hand sind, muss der Staat noch viel mehr hinterher sein, dass starke Sicherheitsmaßnahmen getroffen werden. Hierzu bedarf es strenger Auflagen, vorgeschriebener Angriffssimulationen und noch viel mehr – nicht um die Verantwortlichen zu strafen, sondern um Hand in Hand zu arbeiten und gemeinsam die Wehrhaftigkeit zu erhöhen.

Wenn einem Maschinenbauunternehmen von einem ausländischen Konkurrenten die Produktion lahmgelegt wird, dann ist das ein großer wirtschaftlicher Schaden. Wenn aber ein Krankenhaus oder die Stromversorgung angegriffen werden, dann geht uns das alle an, und es stehen Leben auf dem Spiel. Darum ist es immens wichtig, dass wir von Landesseite aus Fähigkeiten aufbauen, um den Schutz Kritischer Infrastrukturen zu begleiten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

(Daniel Karrais)

Dabei muss es ein Zusammenspiel aus IT-Sicherheitsfirmen, Landesbehörden und dem jeweiligen Betreiber der Kritischen Infrastruktur geben. Momentan sehe ich das aber leider nicht.

Damit sind wir nicht allein. Denn 70 % der im Rahmen einer Studie befragten Unternehmen im KRITIS-Umfeld haben angegeben, dass sie die Abwehrfähigkeit Deutschlands gegen Cyberangriffe als gering oder sehr gering einstufen. Das ist ein Alarmsignal, und das heißt: Jetzt muss endlich gehandelt werden.

Fakt ist – das zeigt die Antwort auf unsere Große Anfrage zur IT-Sicherheit von Kritischer Infrastruktur –: Baden-Württemberg ist kein weißer Fleck für Hackerangriffe. Darum fordern wir Freien Demokraten schon seit Jahren mehr Investitionen und mehr Personal für die Cybersicherheit im Land, z. B. – als eine Maßnahme – durch mehr Stellen beim zuständigen Landesamt für Verfassungsschutz.

Durch die zunehmende Digitalisierung aller Lebensbereiche und die steigende Vernetzung nimmt die Anzahl der sensiblen Schnittstellen, die ein Einfallstor für Hackerangriffe sein können, ebenfalls zu. Für uns Freie Demokraten ist dabei aber klar: Wir wollen den Fortschritt durch die Chancen, aber wir müssen auch bei der Sicherheit Schritt halten.

Fachleute bemängeln seit Jahren, dass Deutschland in weiten Teilen blind in die Digitalisierung hineinläuft. Täglich gibt es Cyberangriffe auf deutsche Behörden, Institutionen, Unternehmen und Bürger. Hier im Land wurde beispielsweise das Landesamt für Besoldung und Versorgung attackiert; das ist noch gar nicht so lange her.

Weiter heißt es in der Antwort auf unsere Große Anfrage, dass es auch im Bereich Energie einen Sicherheitsvorfall in einer Kritischen Infrastruktur gegeben hat. Da gab es zum Zeitpunkt der Beantwortung der Anfrage wegen laufender Ermittlungsverfahren noch keine Auskünfte. Vielleicht können Sie, Herr Minister Strobl, uns dazu heute etwas mehr Auskünfte geben. Das wäre schön.

Aber es geht nicht nur um Kernkraftwerke und Großkliniken, die wir im Blick haben müssen. Es geht auch um flächige Angriffe auf kleinere Einheiten wie Stadtwerke oder Kommunalverwaltungen, denn diese Angriffe können auch eine Bedrohung darstellen und uns ins Wanken bringen.

Ministerpräsident Kretschmann und Innenminister Strobl führen das große Wort, wenn es um die Digitalisierung und die Cybersicherheit geht. In der Realität dominieren aber oft noch mangelhafte Ausstattung, Sorglosigkeit und fehlendes Wissen. Wir begrüßen, dass die Landesregierung immer mehr Tätigkeiten aufnimmt. Vieles davon klingt vielversprechend. Sie werden sich aber an den Ergebnissen messen lassen müssen. Ich verspreche Ihnen: Wir werden das kritisch begleiten und dann Kritik üben, wenn es Kritik zu üben gibt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Bei der Eröffnung des Cybersicherheitsforums in der letzten Woche sagten Sie, Herr Minister Strobl:

*Wir, das Land, setzen daher auf Cybersicherheit. Wir wollen Vorreiter und Taktgeber in diesem Bereich sein.*

Dann lassen Sie den Worten Taten folgen. Sie sollten im Bereich der Cybersicherheit nicht nur reagieren, sondern aktiv gestalten, und zwar vor allem da, wo der Bedarf am größten ist, und nicht nur dort, wo gerade ein Leuchtturmprojekt zu fördern ist. Austauschen und Sensibilisieren wie beim Cyberforum ist wichtig; das ist keine Frage. Aber nach dem ganzen Austausch und der Sensibilisierung müssen hier eben konkrete Maßnahmen unternommen und dann auch finanziert werden.

Wir Freien Demokraten sind sicher keine Kassandrarufer und Angstmacher, aber nationale Alleingänge können langfristig allein nicht die Lösung sein. Denn Hacker kennen keine Grenzen. Auch im Cyberraum lohnt es sich, die europäischen Fähigkeiten zu bündeln. Daher wollen wir eine Verbesserung der nationalen und der europäischen Strategie zur Cybersicherheit.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Es ist auch Aufgabe der Landesregierung, wenn sie Vorreiter sein will, auf den Bund einzuwirken und eine klare Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen den verschiedenen Akteuren auf Landes- und Bundesebene zu fordern, beispielsweise im Rahmen einer Föderalismuskommission III, wie es auch unsere Bundestagsfraktion vorgeschlagen hat. Die Landesregierung will Vorreiter im Bereich Digitalisierung und Cybersicherheit sein. Da müssen Sie eben auch auf Bundesebene aktiv werden.

Wir können uns Stillstand im Bereich Cybersicherheit nicht leisten. Wenn wir auch in Zukunft ein starkes und sicheres Land Baden-Württemberg haben wollen, dann müssen wir mehr in Informations- und Cybersicherheit investieren. Denn so viel steht fest: Cybersicherheit bei Kritischen Infrastrukturen geht uns alle an. Die Digitalisierung lässt sich nicht aufhalten, Cyberkriminelle und -terroristen aber schon.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Lede Abal.

**Abg. Daniel Andreas Lede Abal** GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Informationssicherheit ist uns wichtig und ist überhaupt wichtig. In den vergangenen zwei Jahren waren nach einer Studie des Branchenverbands Bitkom sieben von zehn Industrieunternehmen Opfer von Cyberangriffen. Das heißt, der weit überwiegende Teil der Industrien Deutschlands ist von Wirtschaftsspionage, Sabotage oder Diebstahl betroffen. Weltweit belaufen sich die Schäden durch Cyberkriminalität jährlich auf über 400 Milliarden €; allein der deutschen Wirtschaft entstehen durch Spionage, Sabotage, Datendiebstahl Schäden in Höhe von 55 Milliarden € im Jahr, und natürlich entstehen diese Schäden auch hier in Baden-Württemberg.

Wir haben es also mit einem massiven globalen Problem zu tun, von ausländischen Nachrichtendiensten über international kooperierende kriminelle Netzwerke bis hin zu – aus aktuellem Anlass – computeraffinen Teenagern, die vom heimischen Keller aus die Daten von Hunderten Politikerinnen und

(Daniel Andreas Lede Abal)

Politikern abgreifen – welche aber teilweise natürlich auch sehr offen dalagen.

All das sind Facetten der Cyberkriminalität. Das geht uns alle an. Deshalb möchte ich auch der FDP/DVP-Fraktion meinen Dank für die Große Anfrage „IT-Sicherheit von Kritischer Infrastruktur“ aussprechen – eine gute Anfrage zu einem wichtigen Thema. Auch für die sachkundige Beantwortung durch die Landesregierung meinen Dank an das Innenministerium.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU sowie des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

Wenn wir einen ernsthaften Blick auf Cyberkriminalität und Cyberspionage richten, so müssen wir feststellen: Das sind keine baden-württemberg-spezifischen Probleme, sondern das ist ein globales Problem. Deshalb ist auch die Zuständigkeit für die Kritischen Infrastrukturen in Deutschland richtigerweise dem BSI über das BSI-Gesetz und die Verordnung zur Bestimmung Kritischer Infrastrukturen zugewiesen.

Da lässt sich jetzt einfach feststellen: Die Landesregierung kümmert sich, trotz dieser Bundeszuständigkeit; der Innenminister ist hoch aktiv. Die Landesregierung nimmt auch das Problem der Cyberangriffe ernst.

Das Land Baden-Württemberg ist einer der erfolgreichsten Wirtschaftsstandorte weltweit. Deshalb treffen uns die Cyberangriffe auch im besonderen Maß. Kaum ein Szenario wirkt dabei so bedrohlich, auch von seinem Ausmaß her, wie die sogenannten Kritischen Infrastrukturen: Krankenhäuser, Bahnhöfe, Flughäfen, Atomkraftwerke, Verkehrsüberwachungsanlagen, Trinkwasserversorgungseinrichtungen funktionieren heute alle weitgehend digitalisiert und sind gleichzeitig auch einer wachsenden Bedrohung ausgesetzt.

Im Jahr 2017 war es WannaCry, ein Erpressungsprogramm, das auch Bahnhöfe und Krankenhäuser weltweit, auch in Deutschland, lahmlegte. Das ist die Dimension, von der wir an dieser Stelle sprechen. Daher hat die Abwehr von Cyberkriminalität für die Sicherheitsbehörden oberste Priorität. Wir, das Land Baden-Württemberg, gehen hier in einer Vorreiterrolle voran, und mit Blick auf die wenig glanzvolle Rolle, die das BSI im Rahmen der kürzlich bekannt gewordenen Datensammelaffäre hatte, ist das auch dringend notwendig.

Schon 2012 wurde im LKA in Baden-Württemberg eine Abteilung eingerichtet, die nur für Cyberkriminalität zuständig ist. Inzwischen operiert dort die Zentrale Ansprechstelle Cybercrime. Sowohl das LKA als auch die regionalen Polizeipräsidien setzen damit flächendeckend Spezialistinnen und Spezialisten zur Bekämpfung der Cyberkriminalität ein. Im Landesamt für Verfassungsschutz ist eine eigene Organisationseinheit für die Spionageabwehr tätig.

Mit Blick auf den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg bietet seit vergangenem August die Cyberwehr ein Angebot für kleine und mittlere Unternehmen zum Schutz vor Sabotage, Spionage und Hacking. Sie offeriert Erste Hilfe – Feuerwehreinätze, um Daten wiederherzustellen und IT-Systeme angriffsfest zu machen.

Die Cyberwehr ist aktiv mit einer bundesweit einmaligen Anlaufstelle, und sie ist 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche erreichbar. Mit der Einrichtung des Computer Emergen-

cy Response Teams wurde auch eine schnelle Eingreiftruppe im Cyberraum geschaffen. Damit setzen wir unseren Koalitionsvertrag um: Informationssicherheit als zentraler Bestandteil der Digitalisierungsstrategie.

Ressortübergreifend wird die Sicherheit der digitalen Anlagen großgeschrieben – von Forschungsprojekten und Sicherheitskonzepten von Hochschulen bis hin zum Angebot für Start-ups. Eine ganz besonders wichtige Rolle kommt dabei auch dem Innenministerium – der Innenminister ist gleichzeitig Digitalisierungsminister – zu. Hier laufen die Fäden zusammen. Hier wird die Verantwortung für das Land gebündelt.

Wir, die grüne Landtagsfraktion, begrüßen auch ausdrücklich die Cybersicherheitsstrategie, die der Innenminister angekündigt hat, und wir werden das gemeinsam beraten und ein gutes Konzept auf die Beine stellen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Die Sicherheitslücken zu erkennen und zu schließen, das muss das Ziel der staatlichen Institutionen sein, und darauf müssen wir die Infrastrukturen ausrichten.

Abschließend möchte ich noch etwas zum Datenschutz sagen. Datenschutz gehört auch zur IT-Sicherheit. Digitalisierung geht nur Hand in Hand mit höchsten Standards im Bereich des Datenschutzes und der Bürgerrechte. Das ist für uns selbstverständlich. Dann bleibt Baden-Württemberg ein starkes Wirtschaftsland, ein starkes Innovationsland mit Digitalisierung, mit der Bedeutung des Datenschutzes.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Hagel.

**Abg. Manuel Hagel CDU:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss ganz ehrlich sagen: Als wir am Montag die Anmeldung des Themas durch die FDP/DVP erfahren haben, waren wir sehr positiv überrascht, und ich bin es jetzt noch viel mehr. Keine Polemik, kein Holzhammer, keine schlechten Witze – liebe Kollegen von der FDP/DVP, halten Sie diesen Vorsatz bitte noch ganz, ganz lange durch.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Andreas Stoch SPD zu Abg. Daniel Karrais FDP/DVP: Die haben Angst vor dir!)

Die heutige Befassung des Landtags mit der Frage der IT-Sicherheit kommt zur richtigen Zeit. IT-Sicherheit ist nichts, was wir einmal machen und womit wir dann fertig sind, sondern IT-Sicherheit ist ständige, harte Arbeit.

Nur ein Beispiel dazu: Das für KRITIS und INSI zuständige Bundesamt BSI schätzt die Anzahl von Schadsoftware aktuell auf gut 800 Millionen Varianten, und jeden Tag kommen rund 390 000 neue dazu.

Was sich hinter dieser Zahl verbirgt, hat sich ganz konkret bei dem WannaCry-Angriff 2017 gezeigt. Bei diesem Angriff wurden in wenigen Stunden über 230 000 Computer in 150

(Manuel Hagel)

Ländern infiziert. Nehmen wir an, diese infizierten Computer wären alle Laptops mit einer Höhe von 3 cm, dann würde es bedeuten, dass diese Laptops aufeinandergestapelt einen Turm von 7 km Höhe bilden würden. Das höchste Gebäude der Welt ist wohl gemerkt 880 m hoch. Nicht erst seit diesem Angriff sollte uns klar sein: Cyberangriffe bedrohen nicht nur Smartphones und Laptops; sie können unsere Lebensgrundlage bedrohen.

Moderne Sicherheitspolitik sorgt deshalb nicht nur für ein sicheres analoges Leben, sondern auch für notwendige Sicherheit im digitalen Leben. Unsere Landesregierung packt diese Aufgabe entschieden an.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Das erste Cybersicherheitsforum letzte Woche hat dies doppelt unterstrichen. Das Land hat alle wichtigen Player zusammengebracht. Die Nachfrage war riesig. Zentrale Erkenntnis: Wir sind in Baden-Württemberg mit viel Know-how ausgestattet. Wir haben viele kluge Köpfe in dieser Frage; diese müssen und werden wir einbinden, um das Land im IT-Sicherheitsbereich weiter voranzubringen.

Die Landesregierung mit Innenminister Strobl hat schon viele gute Schritte gemacht. Die Cyberwehr hilft Mittelständlern im Falle eines Cyberangriffs, sie hilft ihnen aber auch schon vor einem Angriff, um diesen rechtzeitig zu verhindern. Das ist bundesweit einmalige Pionierarbeit. 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche stehen dort IT-Spezialisten bereit, um die digitalen Schatzkammern unseres Mittelstands in Baden-Württemberg zu beschützen, seit August mit der Pilotphase in der Region Karlsruhe für rund 11 000 Unternehmen und im Laufe der Zeit im ganzen Land.

Wir gehen hier mutig voran und verstecken uns eben nicht mangels Zuständigkeiten hinter dem Bund. Wir tun das, was zu tun ist. Dazu gehört auch, dass unsere Landesverwaltung bestmöglich geschützt ist. Das Informationssicherheitssystem ist mittlerweile ressortübergreifend etabliert. Damit erfüllen wir in Baden-Württemberg schon heute die BSI-Standards und schützen so unsere Landesverwaltung auf höchstem Niveau.

Apropos Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnologie: Das Verbindungsbüro des BSI für Süddeutschland kommt nach Stuttgart – eine wirklich gute Nachricht, wie wir, die CDU-Fraktion, finden.

(Beifall bei der CDU)

Ganz aktuell arbeiten wir in der Koalition auch daran, die Sicherheitsbehörden noch besser aufzustellen. Es läuft die Ausschreibung zur Netzwartung im Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben – kurz BOS genannt –, also für die Polizei, die Feuerwehr und die vielen Rettungsdienste in unserem Land. Dabei geht es darum, dass im Notfall unsere Einsatz- und Sicherheitskräfte kommunikationsfähig sind, auch wenn die Stromversorgung beeinträchtigt ist. Nachdem wir den Digitalfunk BOS endlich in der Fläche haben, bauen wir ihn nun in Baden-Württemberg auch leistungsfähig aus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Cybersicherheit ist ein ständiges Noch-besser-werden. Deshalb unterstützen wir es ausdrücklich, dass der Minister für Inneres, Digitalisierung und

Migration eine Cybersicherheitsstrategie des Landes erarbeiten wird. Auch das wird eine deutschlandweite Pionierarbeit auf Länderebene sein, die wir, die CDU-Landtagsfraktion, gern unterstützen werden.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart  
CDU: Sehr gut!)

Digitalisierung schafft neue Arbeit, Digitalisierung bringt uns neuen Wohlstand, Digitalisierung kann unser Leben erleichtern, ja, Digitalisierung kann unser Leben auch verbessern. Dafür brauchen wir aber Sicherheit, die Sicherheit unserer Daten, die Sicherheit unserer Infrastruktur. Dafür müssen wir alle jeden Tag hart an der Sache arbeiten.

Herzlichen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dürr.

**Abg. Klaus Dürr** AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! An dieser Stelle haben wir wieder einmal über Aktion, Reaktion und Versäumnisse in der Vergangenheit zu reden. Die AfD hat seit ihrer Gründung die Gefährdungspotenziale für die nationale Sicherheit und die digitale Souveränität unseres Landes adressiert – in allen Ausschüssen und Arbeitskreisen der Bundes- und der Landesparlamente. Schließlich war es ja die AfD, die mit ihrer Kleinen Anfrage im Bundestag, Drucksache 19/4419, auf die Problematik mit Huawei aufmerksam gemacht hat.

Herr Rülke, interessant ist, dass Sie und die FDP/DVP sich nach zwei Jahren besonnen haben und dem Thema Digitalisierung nun doch nähertreten. Bei den Haushaltsberatungen kamen von Ihnen keinerlei Impulse oder gar entsprechende Änderungsanträge hierzu.

(Beifall bei der AfD)

Kann es sein, dass Sie nun gestreckten, strammen Schrittes Ihrem viel bemühten „Digital first – Bedenken second“ hinterhereilen? Ach, ich vergaß: Es sind ja wieder Wahlen am Horizont. Dann sollte man ja wohl –

Aber zurück zum Thema: Baden-Württemberg ist noch ein starkes Bundesland und muss im Länderverbund seine Aufgaben erfüllen. Hierzu fehlt jedoch ein abgestimmtes Vorgehen der Ministerien, um die offensichtlichen Gefährdungspotenziale effektiv und weitestgehend beseitigen zu können. Denn ohne klare Betrachtung der Ursachen dieser Misere und das Einleiten von zielführenden Maßnahmen wird es uns niemals gelingen, einen Weg zu finden, um die Oberhand zurückzugewinnen und damit die erforderliche Sicherheit und die digitale Souveränität bezüglich der Kritischen Infrastruktur in unserem Land zu gewährleisten.

Wir werden weiterhin hinterherrennen, Löcher stopfen und immer Verlierer in diesem bösen Spiel bleiben, weil wir nicht an die Wurzel des Übels gehen. Die Wurzel des Übels ist, dass wir Hightech – das sind im Wesentlichen die IT, Mobilfunk, Internet sowie die KI-Systeme – aus Asien oder den USA importieren müssen, davon abhängig geworden sind und uns diese Probleme selbst ins Haus geholt haben.



(Klaus Dürr)

Es ist wirklich wichtig, sich diese selbst gemachten Probleme zu vergegenwärtigen. Wir setzen in Kritischen Infrastrukturen Hightech ein, welche wir jedoch nur an der Oberfläche verstehen können. Um als Anwender IT für die eigenen Zwecke zu nutzen, muss man nicht alles, was darunter abläuft, verstehen. Sie wird ja immer nur für den speziellen Zweck des Anwenders genutzt. Aber wenn selbst die Dienste und das BSI die eingesetzten Systeme nicht vollständig verstehen, stellt sich die Frage, wie diese Behörden und auch die Industrie dann solche Hightechsysteme oder – genauer – Infrastrukturkomponenten für wirklich sicher erklären können.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Um das nun richtig zu gestalten, muss zunächst ein Markt geschaffen werden, der es erlaubt, sicheres Hightech in Baden-Württemberg, in Deutschland oder wenigstens in der Europäischen Union konkurrenzfähig herstellen zu können.

(Beifall bei der AfD)

Hierzu müssen das Telekommunikationsgesetz und andere Gesetze angepasst werden, damit ab sofort „Sicherheit by Design“ verbindlich und audit-sicher die obligatorische Voraussetzung für den weiteren Ausbau der Kritischen Infrastruktur in unserem Land wird.

Es ist ja nicht möglich, im Nachgang Sicherheit in billig eingekauftes Hightech hineinzuprüfen oder durch andere, obendrauf gesetzte technische Maßnahmen die erforderliche Sicherheit zu erreichen. Solange also ein niedriger Preis wichtiger ist als Sicherheit, werden wir immer Verlierer bleiben und weiterhin Milliarden Euro an Folgekosten für die Behebung der Schäden tragen müssen. Dieses Geld sollten wir künftig aber besser in unsere eigene digitale Souveränität investieren. Dazu braucht es den Willen zum politischen Konsens, wieder einen fairen Wettbewerb zu schaffen, der digitale Souveränität und Sicherheit bezüglich der Kritischen Infrastruktur in den Mittelpunkt stellt.

Wir brauchen Hersteller dieser Infrastrukturkomponenten im deutschen Rechtsraum oder zumindest im Rechtsraum der Europäischen Union. Alle bisherigen Hersteller haben den Markt verlassen müssen. Damit gibt es keine – ich betone: keine – Alternative, als auf asiatische oder US-Anbieter zurückzugreifen. Baden-Württemberg ist leider kein Exportweltmeister für wirklich sicheres Hightech, obwohl es alle Potenziale dafür hat und deshalb absehbar auch Exportweltmeister werden kann.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Stickelberger.

**Abg. Rainer Stickelberger SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FDP/DVP hat mit dieser Debatte ein wichtiges Thema angeschnitten. Ich glaube, nach den Hackerangriffen, die ja die ganze Nation beschäftigt haben, ist es richtig und gut, dass wir uns dieser Debatte öffnen.

Ich habe manchmal den Eindruck, dass im Zuge der Digitalisierung und der fast euphorischen Diskussion zum Thema Di-

gitalisierung das Thema Cybersicherheit deutlich zu kurz kommt, stiefmütterlich behandelt wird. Deshalb sind wir uns sicher einig, dass wir der Cybersicherheit eine größere Bedeutung zukommen lassen müssen, sie stärker in den Fokus rücken müssen, als dies bisher der Fall ist, und wir auch über Systeme diskutieren müssen, mit denen wir die Cyberwehr besser aufstellen können.

Aus der Antwort auf die Großen Anfrage ergibt sich, dass sowohl im Bund als auch im Land zahlreiche Behörden und Stellen für die Cybersicherheit zuständig sind. Diese Zersplitterung der Zuständigkeiten muss sicher beendet werden. Was nottut, ist eine Bündelung, eine bessere Strukturierung.

Der Bundesrechnungshof hat dem Cyberabwehrzentrum mit Sitz in Bonn, das es immerhin schon seit 2011 gibt, ein ganz schlechtes Zeugnis ausgestellt. Das Konzept, das damals initiiert wurde, sei nicht geeignet, die über die Behördenlandschaft verteilten Zuständigkeiten und Fähigkeiten bei der Abwehr von Angriffen aus dem Cyberraum zu bündeln. Vor ähnlichen Schwierigkeiten stehen auch die Länder – auch das Land Baden-Württemberg –, die außerdem natürlich auf Informationen der Bundesbehörden angewiesen sind.

Die FDP hat ja in den letzten Monaten verstärkt ein Digitalisierungsministerium gefordert. Herr Kollege Karrais, das haben Sie vorhin gar nicht erwähnt. Das kommt vielleicht noch als zentrale Forderung der FDP.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das haben wir Ihnen überlassen!)

– Ja, ja. Ich gehe gern auf den Vorschlag ein.

Wir bezweifeln, ob das eine tragfähige Entwicklung sein wird. Ein Blick auf BITBW zeigt uns ja, dass dort, also auch in einem klar abgegrenzten Bereich, trotz Zentralisierung nicht immer einfache, schnelle und gute Lösungen erreicht werden. Wenn gerade die FDP ein weiteres Ministerium fordert, dann verwundert das schon, weil sie sonst ja immer das Wort vom Bürokratieabbau und der Verschlinkung der Verwaltung im Mund führt.

(Beifall bei der SPD)

Da ist Ihnen, Herr Kollege, auch entgangen, dass es schon in der Vergangenheit zahlreiche Bemühungen gab. Die Kollegen haben das ja bereits aufgelistet. Ich möchte nur daran erinnern, dass in der letzten Legislaturperiode im Zuge der Polizeireform bei jedem Polizeipräsidium ein Dezernat Cyberkriminalität gegründet wurde. Das hatten Sie damals abgelehnt.

Auch die Bundesregierung hat in der letzten Legislaturperiode klar Stellung bezogen und vor einem Kompetenzchaos in der Praxis durch ein eigenes Digitalisierungsministerium gewarnt.

Aber das Mitdenken hinsichtlich der Cybersicherheit hat natürlich auch eine europäische Dimension. Cyberkriminalität und Hackerangriffe kennen keine Grenzen. Zur Aufklärung solcher Fälle und zur Durchsetzung von Recht und Ordnung in diesem Bereich sind relevante Daten oft in anderen Ländern gespeichert. Deshalb muss geregelt werden, wie ein schneller Zugang zu elektronischen Beweismitteln in anderen Rechtssystemen ermöglicht wird.

(Rainer Stickelberger)

Denken Sie auch an die Beeinflussung von Wahlen durch Cyberangriffe – ein Problem für ganz Europa. Darüber müssen wir auch länderübergreifend diskutieren.

Unser Ziel muss deshalb sein, dass die Zusammenarbeit zwischen Europa, Bund und Ländern besser wird. Ich darf an die Vorschläge der Kommission in Brüssel erinnern, die wir auch schon im Innenausschuss angesprochen haben. Für ein europäisches Zentrum für Cybersicherheit werden rein nationale Lösungen in Zukunft sicher nicht ausreichen.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen eine verbesserte Zusammenarbeit. Wenn eine solche Zusammenarbeit durch ein Verbindungsbüro des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik, BSI, in Stuttgart – voraussichtlich morgen – initiiert wird, wäre das ein ganz wichtiger Schritt, den wir ausdrücklich begrüßen. Ein Lob an den Herrn Innenminister für die Durchsetzung dieses Standorts in Baden-Württemberg!

Aber es bleibt noch viel zu tun. Viele Projekte wurden angestoßen. Aber wir hinken, was Cybersicherheit angeht, der rasanten Entwicklung bei der Digitalisierung immer noch hinterher. Die Schaffung von IT-Sicherheit bleibt für uns eine Daueraufgabe. Das Thema wird uns noch lange beschäftigen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Landesregierung erlaube ich das Wort Herrn Innenminister Strobl.

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Häufig sprechen wir erfüllt mit Sorge und auch mit viel Skepsis über die heutige Welt, und das ist freilich auch nicht so ganz falsch. Dabei gerät aber aus dem Blick: Wir leben in der vielleicht spannendsten und interessantesten Epoche der Menschheitsgeschichte.

Mit der Digitalisierung verändern sich unsere Arbeit, unsere Freizeit, ja unser ganzes Leben. Mobilität, Medizin, Bildung erreichen neue Entwicklungsstufen. Wir erleben einen fundamentalen Wandel, der uns große Chancen bietet, die wir nutzen müssen. Ich denke, dass wir alle zusammen genau das auch häufiger selbstbewusst betonen sollten.

Ich will mich herzlich für die Debatte bedanken, insbesondere auch für Ihre einführenden Worte, Herr Abg. Karrais. Ich habe den Eindruck, dass wir hier in diesem Haus einen guten Grundkonsens haben, dass wir die Chancen der Digitalisierung miteinander nutzen wollen.

Doch es gibt keine Medaille ohne Kehrseite. Die rasanten Entwicklungen, die wir erleben, machen uns immer abhängiger von Informationssystemen, von Software und von Hardware. Daraus resultiert ohne Wenn und Aber ein Gefährdungspotenzial für uns. Wir befinden uns in einem steten Wettlauf mit Kriminellen und mit Personen, die Interesse an der Instabilität unseres Landes haben. Cyberkriminalität, Cyberspionage, Cybersabotage, ja Cyberwar sind nicht Science-Fiction, sondern tägliche Realität.

Es ist deswegen meine persönliche Überzeugung – und es ist ein entscheidender Teil der Digitalisierungsstrategie des Landes Baden-Württemberg –, dass IT-Sicherheit eine Grundvoraussetzung und der Schlüssel für eine gelingende Digitalisierung ist.

Die Anforderungen an die Sicherheit im IT-Bereich wachsen mit dem Fortschritt der Digitalisierung stetig. Oder, anders gesagt: Je mehr wir digitalisieren, umso angreifbarer werden wir in der virtuellen Welt.

Dies betrifft uns als Privatpersonen – das mussten einige von uns in der jüngsten Vergangenheit erfahren, ich selbst auch –, zugleich sind aber insbesondere die Einrichtungen der Verwaltung und natürlich auch die Wirtschaft in unserem Land täglichen Cyberangriffen ausgesetzt.

Die Landesregierung und insbesondere das Innen- und Digitalisierungsministerium sehen in der Cybersicherheit ein zentrales Handlungsfeld. Dieses zentrale strategische Handlungsfeld ist auf dem Weg des Landes Baden-Württemberg zu einer digitalen Leitregion in Europa ein entscheidender Baustein.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Rappke zu?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Oh Jesses Gott!)

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Nein. – Deswegen, meine Damen und Herren, war es wichtig – der Kollege Hagel und der Kollege Stickelberger haben zu Recht darauf hingewiesen –, dass wir am vergangenen Donnerstag mit über 350 Fachleuten und Entscheidern aus Wirtschaft und Verwaltung bei unserem ersten Cybersicherheitsforum hier in Stuttgart diese Fragen diskutiert haben.

Wir, die Landesregierung, stellen uns den vor uns liegenden Herausforderungen mit einer Vielzahl von konkreten Projekten und Angeboten. So haben wir innerhalb der Landesverwaltung mit der IT-Neuordnung den wichtigen Grundstein für eine Zentralisierung und Standardisierung der komplexen IT-Landschaft gelegt und können sie damit heute professioneller und effizienter betreiben als früher.

Im technischen Bereich gilt es, durch gezielte Maßnahmen in unseren Rechenzentren den sich ständig verändernden Rahmenbedingungen Rechnung zu tragen. Erfolgreiche Prävention heißt dabei freilich, mit aktuellen Entwicklungen stets Schritt zu halten. Andererseits müssen wir zukunftsorientierte Technologien wie den Einsatz von künstlicher Intelligenz für eine bessere Cyberabwehr nutzen. Dies, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird freilich nie ein abgeschlossener Prozess sein. Vielmehr müssen wir uns dauerhaft engagieren, um für die Zukunft gewappnet zu sein.

Neben den technischen Themen spielt gerade auch der Faktor Mensch eine entscheidende Rolle.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Genau!)

2019 werden wir deshalb mit einer gezielten Schulungs- und Sensibilisierungskampagne die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Landesverwaltung entsprechend schulen und fit machen, auch bei dem Thema Cybersicherheit.

(Minister Thomas Strobl)

Bei der Bekämpfung von Cybercrime nimmt das LKA Baden-Württemberg bundesweit eine führende Rolle ein. Mit seiner Zentralen Ansprechstelle Cybercrime, kurz ZAC, leistet das LKA eine sehr wichtige und wertvolle Beratungs- und Aufklärungsarbeit für Bürgerinnen und Bürger, für Unternehmen, für jede Frau und jeden Mann. Die ZAC ist auch in diesem Bereich auf Zack, und das ist gut so.

Mitarbeiter der ZAC führen mit Unternehmen der Kritischen Infrastruktur gemeinsam Szenarienübungen durch. Eine derartige Übung ist noch für März 2019 mit einem größeren Teilnehmerkreis des Verbands kommunaler Unternehmen terminiert. Weitere Übungen, insbesondere etwa mit den Krankenhäusern des Landes, sind geplant und werden derzeit terminlich abgestimmt.

Sie sehen also, dass wir uns nicht hinter Bundeszuständigkeiten verstecken, sondern aktiv unseren Teil zum Schutz Kritischer Infrastrukturen beitragen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Mit der Cyberwehr, die hier bereits erwähnt wurde, haben wir die existenzielle Bedeutung der Cybersicherheit gerade auch für die kleinen und mittleren Unternehmen in Baden-Württemberg unterstrichen. Dieses Projekt sucht bundesweit seinesgleichen. Inzwischen sind im Großraum Karlsruhe 11 000 Unternehmen angeschlossen. Das Projekt läuft seit August des vergangenen Jahres im Echtbetrieb. Wir sind im 24/7-Modus. Inzwischen sind ungefähr 50 Cyberangriffe konkret bearbeitet worden, und in vielen Fällen konnte den mittelständischen Unternehmen eine unmittelbare Hilfe gegeben werden. Diese Feuerwehr im Netz ist für die Unternehmen in unserem Land ein großer Segen. Wir werden sie Stück für Stück im ganzen Land ausbauen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Als nächsten Schritt gilt es freilich, die vielen einzelnen Aktivitäten im Bereich der Cybersicherheit zu bündeln und zu koordinieren. In Deutschland spielt dabei das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, das BSI, eine wichtige Rolle. Als Meilenstein einer koordinierten Vorgehensweise habe ich mit dem BSI-Präsidenten im Jahr 2018 hier in Stuttgart eine Kooperationsvereinbarung geschlossen, die neben konkreten gemeinsamen Projekten darin mündet, dass wir am morgigen Donnerstag die offizielle Eröffnung des Verbindungsbüros Süd des BSI hier in Stuttgart, in den Räumlichkeiten des Innenministeriums, feiern können.

Im Bereich der Kritischen Infrastrukturen kommt dem BSI aufgrund seines gesetzlichen Auftrags eine besondere Rolle zu. Dass das Verbindungsbüro Süd, das u. a. auch für den Freistaat Bayern zuständig ist, hier in Stuttgart seinen Sitz nimmt, ist für das Land Baden-Württemberg ein entscheidender strategischer Vorteil, und ich bin sehr froh darüber.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD)

Kritische Infrastrukturen im Sinne des Bundesgesetzes sind beispielsweise die baden-württembergischen Kernkraftwerke Neckarwestheim II und Philippsburg 2, die Universitätskliniken und einige größere Kliniken des Landes sowie die Flug-

sicherung an den Flughäfen Stuttgart und Karlsruhe/Baden-Baden. Daher liegt wohlgerneht die Zuständigkeit für die IT-Sicherheit dieser Kritischen Infrastrukturen nach dem BSI-Gesetz und gemäß der sogenannten BSI-Kritisverordnung unmittelbar beim Bund.

So sind die Betreiber dieser Kritischen Infrastrukturen verpflichtet, stets aktuelle Vorkehrungen zur Vermeidung von Störungen ihrer IT-Systeme zu treffen und diese gegenüber dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik nachzuweisen. Die Krankenhäuser, die unter die Kritisverordnung des BSI fallen, treffen in eigener Verantwortung die nach dem BSI-Gesetz erforderlichen Maßnahmen, um IT-Sicherheitsvorfälle zu vermeiden. Die Krankenhausplanungsbehörde hat diesbezüglich keine Aufsichtsbefugnisse und ist gegenüber den Plankrankenhäusern nicht weisungsbefugt. Zuständige Behörde ist insofern das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik.

Die erforderlichen Reaktions- und Meldeprozesse werden seitens des Bundes verbindlich und verpflichtend gestaltet. Gerade hierbei hat sich Baden-Württemberg maßgeblich und aktiv eingebracht. Im Jahr 2017 hat sich zudem auf Bund-Länder-Ebene die Projektgruppe „Cyberangriffe auf Kritische Infrastrukturen“ unter Leitung des Landeskriminalamts Baden-Württemberg mit der Festlegung von Meldewegen im Kontext Kritischer Infrastrukturen beschäftigt.

Wir sind der festen Überzeugung, dass wir in unserer Verantwortung für die Bevölkerung in unserem Land und für den starken Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg über die vom Bund gesteuerten Regelungsinhalte hinaus tätig werden müssen. Und wir sind tätig und werden das in Zukunft noch einmal intensivieren.

Ein erster Schritt über diesen gesetzlichen Auftrag hinaus war die bereits erwähnte Cyberwehr für mittelständische Unternehmen. In weiteren Schritten werden wir die bestehenden vielfältigen Angebote im Bereich der Cybersicherheit bündeln, um daraus unter Federführung der Landesverwaltung eine gemeinschaftliche, zukunftsfähige Strategie mit zielgerichteten Angeboten für Staat, Wirtschaft, Bürger und Gesellschaft zu entwickeln.

Dabei wird unser Ansatz über die vom Bund definierten und in der BSI-Kritisverordnung manifestierten Einrichtungen deutlich hinausgehen, zumal es zahlreiche Bereiche und Handlungsfelder gibt, die zwar nicht unmittelbar unter die Definition der BSI-Kritisverordnung fallen, die aber in ihrer Summe durchaus kritisch für unser Gemeinwohl anzusehen sind.

Als Beispiel habe ich die Krankenhäuser im Land bereits erwähnt. Aber denken Sie beispielsweise auch an die zahlreichen kleineren Energieversorger oder Unternehmen der Wasserversorgung in kommunaler Trägerschaft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, eine ganzheitliche Strategie für die Cybersicherheit unseres Landes zu erarbeiten ist ein wichtiger Baustein für das Gelingen der Digitalisierung. Wir wollen auch in Zukunft Vorreiter und Taktgeber bei dem Thema Cybersicherheit sein.

(Beifall des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE – Lachen bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

(Minister Thomas Strobl)

Dafür brauchen wir natürlich auch die Unterstützung des Landtags. Ich bin den Regierungsfractionen, verehrter Herr Kollege Schwarz, außerordentlich dankbar, dass sie diese Vorreiterrolle in der Vergangenheit aktiv unterstützt haben. Ich bin dem Landtag von Baden-Württemberg, insbesondere auch der FDP/DVP-Fraktion, dankbar, dass wir heute über dieses Thema diskutieren konnten. Das ist ein zentrales, ein entscheidend wichtiges Thema.

Ich habe zum Thema Digitalisierung immer gesagt, zwei Punkte würden Priorität genießen: Der erste ist, dass wir zu einer gigabitfähigen Infrastruktur im Technologie- und Flächenland Baden-Württemberg kommen. Der zweite ist: Wenn wir wollen, dass der digitale Teppich fliegt, muss es uns auch gelingen, die Daten hinreichend sicher zu machen. Deshalb stehen die Themen Cybersecurity, Cyberspionage, Cybersabotage, Cyberwar für uns zentral im Fokus unserer Digitalisierungsaktivitäten und -bemühungen.

Ich danke dem Landtag von Baden-Württemberg, dass wir uns jedenfalls in der Zielsetzung einig sind. Ich möchte mich für die sachlichen und faktenorientierten Beiträge insbesondere bei der FDP/DVP-Fraktion, aber auch bei allen anderen Fraktionen herzlich bedanken.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP)

**Präsidentin Muhterem Aras:** In der zweiten Runde erteile ich das Wort für die FDP/DVP-Fraktion Herrn Abg. Karrais.

**Abg. Daniel Karrais** FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich darf mich für die Debatte noch einmal ganz herzlich bedanken. Sie hat gezeigt: Cybersicherheit ist ein wichtiges Thema. Deshalb war es gut und richtig, dass wir, die FDP/DVP-Fraktion, das Thema heute auf die Tagesordnung gebracht haben. Denn wir müssen auch die Probleme ansprechen, darüber debattieren. Denn daraus können dann auch Lösungen entstehen, und wir können die Leute draußen im Land sensibilisieren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Der Kollege Stickelberger hat das Thema Digitalisierungsministerium angesprochen. An der Forderung nach einem eigenen Digitalisierungsministerium halten wir natürlich fest. Das ist ein zentraler Bestandteil unserer Forderungen, auch als Beitrag zur Cybersicherheit. Denn wir merken ja: Seitdem die Zuständigkeit für die Digitalisierung beim Innenministerium angesiedelt ist – zumindest als Nebenjob des Innenministers –, geht ein bisschen was. Wir wollen aber, dass noch mehr geht und dass Digitalisierung als Vollzeitjob eines Ministers gefahren wird. Das ist nämlich ein Beitrag zur Cybersicherheit. Das ist aber auch ein Beitrag zum Bürokratieabbau, indem Prozesse analysiert und eben Effizienzen gehoben werden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Der Kollege Hagel und auch der Herr Minister haben angesprochen, dass die Cyberwehr schon ein wichtiger Beitrag sei. Das ist richtig. Für kleine und mittlere Unternehmen ist das ein sinnvoller Beitrag zu Aufklärung, Prävention usw. Für Kritische Infrastrukturen bringt uns die Cyberwehr allerdings nichts, weil das gar nicht ihre Zuständigkeit ist. Das heißt, das ist ein schönes Thema.

Der Einsatz als Feuerwehr – so der Minister – ist natürlich eine wichtige Sache. Wir brauchen jemanden, der die Brände löscht, die durch Cyberangriffe gelegt werden. Viel wichtiger ist aber: Wir brauchen den Brandschutz, und wir brauchen jemanden, der sich im Vorfeld darum kümmert, dass es erst gar nicht zu brennen anfängt. Das kann die Cyberwehr momentan noch nicht machen. Da brauchen wir Mittel und Lösungen, vor allem im Bereich der Kritischen Infrastrukturen.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der AfD)

Im Bereich Cybersicherheit ist es nämlich noch nicht kurz nach zwölf. Es ist aber zwölf. Das heißt, wir müssen allerspätestens jetzt anfangen zu handeln – wir hätten schon früher anfangen müssen. Dafür treten wir ein, und darum behandeln wir heute diese Große Anfrage.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dürr.

(Abg. Klaus Dürr AfD fährt das Redepult nach unten.)

**Abg. Klaus Dürr** AfD: Der Mann ist groß. – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Diskussion zeigt mir, dass wir nicht wirklich beim Kern angekommen sind. Wir sind immer noch im Reaktionsmodus.

Lassen Sie mich dafür als Beispiel einen Berichts Antrag der FDP/DVP, Herr Rülke, zitieren – Drucksache 16/4856 –:

*... Spionage durch China im IT- und Netzwerkkumfeld in Baden-Württemberg*

*... welche Erkenntnisse dem Landesamt für Verfassungsschutz zu chinesischen Spionageversuchen mittels chinesischer Informations- und Technologieanbieter und Fernwartung aus China vorliegen ...*

Lassen Sie mich drei Punkte aus der Stellungnahme der Landesregierung zu diesem Antrag ansprechen. Erstens:

*Konkrete Erkenntnisse über sogenannte Hintertüren von Produkten der genannten Firmen liegen dem LfV allerdings nicht vor.*

Zweitens:

*Im Rahmen der Präventionsberatung des Arbeitsbereichs Wirtschaftsschutz des Landesamts für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (LfV) wird der Aspekt Fernwartung regelmäßig problematisiert.*

– Sie wissen also nichts, aber sie problematisieren es. – Und drittens:

*So warnen beispielsweise die Nachrichtendienste der USA und Australiens zum Teil schon seit längerer Zeit vor dem Einsatz von Geräten und Technologien ...*

von

*... Huawei und ZTE wegen der damit verbundenen angeblichen Spionagegefahren.*

(Klaus Dürr)

Herr Ministerpräsident, wenn Sie schon einen Verfassungsschutz haben, sollte sich Ihre Regierung – beim besten Willen – endlich mal schlaumachen und auch an diesen Stellen nicht wegtauchen.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Abg. Dürr.

**Abg. Klaus Dürr** AfD: Ich habe es sofort, letzter Satz. – Nehmen Sie bitte Ihre Verantwortung wahr. Gehen Sie auch auf dieses Gebiet.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Nun erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Gedeon.

**Abg. Dr. Wolfgang Gedeon** (fraktionslos): Dazu muss ich doch noch etwas sagen. – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn man sich um Fragen der Abwehr kümmert, muss man natürlich fokussieren, gegen wen man sich wehrt. Wer ist denn der Gegner? Da fehlen ganz wichtige Größen. Das heißt, die wichtigsten Größen werden hier in dieser Diskussion sorgfältig ausgespart. Wer sind die größten Abhörer, die größten Kontrolleure im Netz? Das sind die Amerikaner und Israel, meine Damen und Herren.

(Beifall des Abg. Stefan Räßle AfD)

Das ist nicht meine Fantasie. Das ist allgemein bekannt. Dafür ist strukturell schon der Grund gelegt, meine Damen und Herren. Die haben amerikanische Systeme, und in den amerikanischen Systemen – das bestreiten die Amerikaner gar nicht – sind Backdoor-Mechanismen eingearbeitet, sodass sie jeglichen Zugang in unsere Software haben. Das ist Fakt.

Wir können doch angesichts des wahnsinnigen Materials, das wir von Snowden haben, nicht die Augen davor verschließen, dass hier diese Gefahr durch Israel und die USA im Netz die größte ist und unsere Industrie – das sind ganz schwach geschätzte Zahlen – jährlich 50 Milliarden € Verluste durch Wirtschaftsspionage hat – manche reden von 100 Milliarden €.

Wenn wir das hier wie Herr Strobl nur zum technischen Problem machen und so tun, als wären da ein paar böse Hacker, die – was weiß ich? – untersuchen, wo wir ins Theater gehen – – Das ist nicht das Problem. Das Problem ist die politische Seite. Diese müssen wir angehen. Wenn wir diese aussparen, wenn wir da unsere großen Freunde noch extra in Schutz nehmen oder sogar ihre Hilfe beanspruchen, wird die ganze Sache nichts, Herr Strobl. Da können wir sonst im Kleinen machen, was wir wollen. Das ist dann alles – – Sie wissen, wofür.

(Beifall des Abg. Stefan Räßle AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Große Anfrage besprochen und Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Jetzt kommen wir zur Nachwahl des Schriftführers, die in geheimer Abstimmung stattfindet.

Als Wahlkommission für die Nachwahl berufe ich nach § 97 a Absatz 1 der Geschäftsordnung des Landtags Frau Abg. Boser sowie Frau Abg. Lindlohr und die Herren Abg. Berg, von Eyb, Haußmann, Nelius und Dr. Rapp.

Meine Damen und Herren, zur Abgabe Ihrer Stimmen darf ich Sie bitten, die beiden Telefonzellen auf der rechten und linken Seite des Plenarsaals als Wahlkabinen zu benutzen. Ein Mitglied der Wahlkommission – hier schlage ich Frau Abg. Boser vor – nimmt vom Redepult aus den Namensaufruf vor, der nach § 97 a der Geschäftsordnung vorgeschrieben ist.

Die aufgerufenen Abgeordneten bitte ich, sich zur rechten oder linken Seite des Plenarsaals zu begeben. Dort geben die Mitglieder der Wahlkommission den Stimmzettel und den Wahlumschlag aus, damit in den jeweils zwei dort vorhandenen Telefonzellen gewählt werden kann.

Beachten Sie bitte noch Folgendes: Es gilt von der Mitte aus betrachtet folgende Aufteilung, die wir schon immer hatten: Die aufgerufenen Abgeordneten der Fraktionen der FDP/DVP, der CDU und der AfD sowie die fraktionslosen Abgeordneten begeben sich zur von mir aus gesehen rechten Seite des Plenarsaals, die Abgeordneten der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD kommen zur von mir aus gesehen linken Seite. Auf beiden Seiten wird in einer Liste von zwei Mitgliedern der Wahlkommission jeweils festgehalten, wer den Stimmzettel und den Wahlumschlag entgegengenommen hat.

Füllen Sie bitte den Stimmzettel in einer der Wahlkabinen aus, indem Sie den Stimmzettel mit Ja, Nein oder „Enthaltung“ ankreuzen.

Gewählt ist, wenn der Wahlvorschlag mehr Ja- als Neinstimmen erhält. Enthaltungen zählen also nicht mit.

Beachten Sie bitte auch diese weiteren Hinweise bei der Stimmabgabe: Nicht beschriebene oder gekennzeichnete Stimmzettel und solche, auf denen „Enthaltung“ vermerkt ist, gelten als Stimmenthaltung. Ungültig ist ein Stimmzettel, wenn mehr als ein Kreuz notiert wurde.

Bitte stecken Sie nach der Stimmabgabe Ihren Stimmzettel in den Wahlumschlag, und kleben Sie den Wahlumschlag nicht zu. So erleichtern Sie die Arbeit der Wahlkommission. Werfen Sie bitte den Wahlumschlag in die hier am Redepult bereitstehende Wahlurne. Herr Abg. Haußmann kontrolliert den Einwurf der Wahlumschläge in die Wahlurne, Herr Abg. Dr. Rapp hält in einer Namensliste fest, welche Abgeordneten gewählt haben.

(Abg. Stefan Räßle AfD meldet sich.)

– Moment, bitte.

Die Mitglieder der Wahlkommission bitte ich, ihre Stimme am Schluss abzugeben.

Herr Abg. Räßle, haben Sie sich zur Geschäftsordnung gemeldet? Wir kommen zur Wahlhandlung.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Ich wollte noch etwas vorschlagen!)

– Nein.

(Präsidentin Muhterem Aras)

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Nein! – Zuruf: Sie wollen zurückziehen! – Abg. Reinhold Gall SPD: Wir sind in der Wahlhandlung! – Gegenruf des Abg. Winfried Mack CDU: Zurückziehen darf er! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Vielleicht will er Hammsprung vorschlagen!)

– Moment!

(Abg. Stefan Räßle AfD: Ich habe das Gefühl, dass hier Missverständnisse bezüglich meiner Person entstanden sind, und wollte mich dem Plenum gern einmal vorstellen! – Lachen bei Abgeordneten der Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Lieber nicht! – Abg. Hans-Ulrich Scerl GRÜNE: Nein!)

– Nein, nein. Herr Abg. Räßle, setzen Sie sich bitte. Es gibt keine Vorstellungen der einzelnen Personen. Das ist grundsätzlich nicht vorgesehen.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Wir haben schon genügend Vorstellungen in der letzten Zeit von Ihnen erlebt! Das reicht! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wenn, dann machen wir Personaldebatten!)

Danke. Nehmen Sie bitte Platz.

Wir treten nun in die Wahlhandlung ein.

(Unruhe)

– Meine Damen und Herren, ich darf um mehr Ruhe bitten. – Frau Abg. Boser, bitte nehmen Sie den Namensaufruf vor, und beginnen Sie bitte mit dem Buchstaben A.

(Namensaufruf und Wahlhandlung)

Meine Damen und Herren, ist noch jemand im Raum, der noch nicht aufgerufen wurde, seine Stimme abzugeben oder die Wahl vorzunehmen? – Die Wahlkommissionsmitglieder kommen noch.

Ich frage noch einmal: Ist jemand im Raum, der seinen Wahlumschlag noch nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Vielen Dank. Dann schließe ich die Wahlhandlung und bitte die Wahlkommission, das Ergebnis festzustellen. Wir geben das Wahlergebnis nachher bekannt und machen gleich in der Tagesordnung weiter.

Wir haben noch über einen Vorschlag der Fraktion der AfD für eine Umbesetzung im Wirtschaftsausschuss abzustimmen. – Ich stelle fest, dass niemand dagegen spricht, dass wir das so wie bisher auch offen und mit Ihrer Zustimmung beschließen. Vielen Dank. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Umsetzung des Qualitätskonzepts für die öffentlichen Schulen in Baden-Württemberg – Drucksache 16/5422**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultus, Jugend und Sport – Drucksache 16/5681**

**Berichterstatter: Abg. Nico Weinmann**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Frau Abg. Boser.

**Abg. Sandra Boser GRÜNE:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit diesem Gesetz, das wir heute in zweiter Lesung beraten, schaffen wir zwei neue Qualitätsinstitute, das ZSL und das IBBW. Dies ist gut so für Baden-Württemberg; ich sehe dies als einen richtigen Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Damit steigt Baden-Württemberg in ein Bildungsmonitoring ein, welches die Schulen bei uns im Land bei ihrer eigenständigen Entwicklung evidenzbasiert unterstützt.

Es war bisher ein großes Versäumnis, dass vorhandene Daten im Land – beispielsweise aus Leistungsvergleichen oder sozioökonomischen Daten – nicht zusammengeführt wurden, sondern nebeneinanderstanden. Gerade auch für die Fremdevaluation können daraus wichtige Grundlagen abgeleitet werden, die für die Fachberaterinnen und Fachberater künftig eine gute Unterstützung sein können.

Die Fremdevaluation stand in der Vergangenheit oftmals in der Kritik als ein zahnlöser Tiger. Die wichtigen Erkenntnisse aus der Fremdevaluation wurden oftmals nicht mit den notwendigen Maßnahmen abgeschlossen. Dies soll künftig nicht mehr vorkommen. Zukünftig soll daraus abgeleitet werden, welche Maßnahmen es braucht, um eine Schule in ihrer Entwicklung zu unterstützen, beispielsweise durch Fortbildungen, die dann auch garantiert durchgeführt werden.

Die Fortbildungen sind ein elementarer Bestandteil, wenn wir die Qualität in den Schulen bei uns im Land verbessern wollen. Guter Unterricht entscheidet sich an der Lehrerpersönlichkeit. Daher brauchen wir gut ausgebildete und fortgebildete Lehrkräfte.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Die Lehrerbildung stand in Baden-Württemberg nie in der Kritik; hier stimmt die Qualität an den Universitäten und den Pädagogischen Hochschulen, und die Seminare leisten eine gute Arbeit.

Dagegen war die Qualitätsspanne bei den Fortbildungen sehr groß.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig!)

Dies hat auch eine Umfrage unter Lehrerinnen und Lehrern im vergangenen Jahr ergeben. Daher ist es gut, dass es künftig Qualitätskriterien geben wird, die garantieren, dass eine Fortbildung den Mehrwert hat, den es am Ende auch braucht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wichtig wird nun sein, dass die Strukturen innerhalb der beiden Institute schnell geklärt werden, dass alle Beteiligten und Betroffenen dabei gut eingebunden werden und über Teilungsforen in Zukunft wissen, wie ihre Arbeit aussehen wird.

(Sandra Boser)

Für uns sind diese Beteiligungsforen ein wichtiger Gelingensfaktor. Nur wenn den Beteiligten klar ist, wie sich die geplanten Veränderungen auf sie auswirken, wird es am Ende eine Akzeptanz für das Verfahren geben.

Dafür braucht es einen Stufenplan, der die geplanten Veränderungen darlegt und so eine Transparenz ermöglicht. Für uns gehört dazu auch, dass es Konkretisierungen der wichtigen Schnittstellen zwischen den einzelnen Instituten, den Regionalstellen, den Seminaren, den Schulämtern und auch den Regierungspräsidien gibt.

Die Kommunikation innerhalb der verschiedenen Institutionen wird entscheidend dafür sein, wie sich die Beratung und die Entwicklung der Schulen vor Ort gestalten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Einrichtung der beiden Qualitätsinstitute allein wird die Qualität an unseren Schulen nicht verändern, aber diese Institute können einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass die Beratung und die Begleitung unserer Schulen noch besser werden und die Unterstützungsangebote gezielt eingesetzt werden können. Daher sage ich nochmals: Heute ist ein guter Tag für Baden-Württemberg. Mit der Einrichtung der beiden Qualitätsinstitute gehen wir in die richtige Richtung und schaffen ein Bildungsmonitoring für Baden-Württemberg, und das ist gut so.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Röhm.

**Abg. Karl-Wilhelm Röhm** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Die CDU-Landtagsfraktion hat auf ein zeitnahes, sachorientiertes und nachhaltiges Handeln zur Steigerung der Qualität von Schule und Unterricht gesetzt. Nur zwei Jahre später stehen wir vor der Umsetzung des Qualitätskonzepts. Das ist wahrlich ein bildungspolitischer Meilenstein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir haben die Problemlagen des Bildungssystems in Baden-Württemberg identifiziert und gehen diese mit der Errichtung der beiden neuen Institute, des ZSL und des IBBW, systematisch an. In beiden Instituten werden bislang verstreute und teilweise auf unterschiedlichen Ebenen erbrachte Teilleistungen zusammengeführt, funktional erweitert und damit gestärkt.

Durch die Bündelung der Angebote werden verbesserte Möglichkeiten zur Sicherstellung eines bedarfsorientierten Angebots für die Schulen im Bereich der Unterstützung, der Beratung und der Fortbildung geschaffen. Damit wird die Klarheit der Zuständigkeit für alle Zielgruppen erhöht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Das erste Ziel des Qualitätskonzepts ist es, ein strategisches und dialogisch angelegtes Bildungsmonitoring aufzubauen.

Frau Boser hat schon darüber gesprochen. Durch die Bereitstellung von differenzierter Information und Daten zu den Schulen soll die Schulaufsicht bei der Wahrnehmung ihrer aufsichtlichen Aufgaben und bei der Begleitung der Schulen gestärkt werden.

Das zweite Ziel ist es, die Unterstützungsstrukturen durch den Aufbau eines wissenschaftsorientierten und auf die Unterrichtsqualität fokussierten Ausbildungs-, Fortbildungs- und Beratungssystems neu zu strukturieren.

Wir bauen Doppelstrukturen ab und möchten den Schulen über die Regionalstellen bzw. die Leitstellen für pädagogische Unterstützung – LPU genannt – qualifizierte Dienstleistungen aus einer Hand bereitstellen. Im Mittelpunkt stehen bedarfsgerechte Fortbildungen und unterrichtsbezogene Unterstützungsangebote.

Im frühkindlichen Bereich wurde mit den kommunalen Landesverbänden bereits der Pakt für gute Bildung und Betreuung einvernehmlich beschlossen. Wir legen damit die Basis für eine qualitativ hochwertige Förderung der Kinder. Ich nenne die Sprachkompetenz, die mathematischen Vorläuferfähigkeiten, Motorik usw., also die Basis einer hochwertigen Förderung und damit für einen erfolgreichen Übergang in die Schule.

Fazit: Wir schaffen mit der Umsetzung des Qualitätskonzepts von klein auf Gelingensbedingungen für erfolgreiche Bildungsbiografien der Kinder in unserem Land, und das wollen wir doch alle.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Nun hat Herr Abg. Dr. Balzer für die AfD das Wort.

**Abg. Dr. Rainer Balzer** AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen Abgeordnete! Mit diesem Gesetz wird das Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung, kurz ZSL, eingerichtet. Zu seinen Aufgaben gehören u. a. die Bildungsplanarbeit und die Schulbuchzulassungen. Es geht also um den Kern der Bildungsarbeit.

Was die Struktur dieser neuen Einrichtungen betrifft, haben wir jetzt erst einmal Vertrauen in das Ministerium, dass diese zweckmäßig eingerichtet werden. Nicht vergessen werden soll jedoch an dieser Stelle die Koordinierungsstelle für Arbeits- und Gesundheitsschutz. Denn guter Unterricht braucht gesunde Lehrkräfte.

Doch bei den Inhalten möchten wir etwas genauer hinschauen. Zu viele Lehrbücher entbehren heute jeder naturwissenschaftlichen Grundlage. Ich denke beispielhaft an das Buch „Unsere Erde“, das im Cornelsen Verlag erscheint.

(Beifall bei der AfD)

Mit den Leitperspektiven in einem neuen Bildungsplan hat in der vergangenen Legislaturperiode eine linke Regierung ihren grünen Glauben den Schülern gesetzlich vorgeschrieben. Ein Sturm der Entrüstung hatte sich erhoben. Daraufhin musste zurückgerudert werden, um die Inhalte sowohl der Bildungspläne als auch der Leitperspektiven abzuschwächen. Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt – das klingt

(Dr. Rainer Balzer)

wieder sehr, sehr schön. Wer will schon etwas gegen Toleranz haben? Natürlich nur die Intoleranten.

(Abg. Sabine Wölfle SPD: Ja, Sie doch!)

Aber es sind Lobbygruppen mit ihren Partikularinteressen, die hier mitgeschrieben haben. Dasselbe gilt für die Leitperspektive „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Auch das klingt sehr schön. Wer könnte denn gegen nachhaltige Entwicklung sein? Doch hier haben wir es auch mit Interessengruppen und Lobbyarbeit zu tun. Ich nenne nur die Deutsche Umwelthilfe, ein obskurer Verein mit 350 Mitgliedern, unterstützt von Mitgliedern der Bundesregierung, die der SPD angehören.

Wir haben gesehen, dass die CDU-Kultusministerin in vielem und auch hier stillschweigend und ohne großes Aufheben die Agenda der Grünen praktisch übernimmt – Komplementärkoalition eben.

Meine Damen und Herren, nach unserer Auffassung müssen Lehrpläne eine streng wissenschaftliche Basis haben.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Der Einfluss der Politik auf die Lehrpläne sollte weitgehend ausgeschaltet sein. Auch hier wäre mehr Bürgerbeteiligung notwendig und wünschenswert. Wir sehen es bei der Dieseldebatte. Diese liegt weitab jeder Wissenschaftlichkeit. Als die Definition des Begriffs „Schadstoff“ nicht mehr ausreichte, erfand man den Begriff „Feinstaub“.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Zur Sache!)

und da dieser nicht mehr ausreicht, haben Sie den Begriff „Ultrafeinstaub“ erfunden – noch viel schlimmer.

Meine Damen und Herren, wir erwarten von Lehrplänen, dass sie den Schülern das Rüstzeug geben, wissenschaftlich zu denken und diese grünen Spielereien zu durchschauen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Dafür müssen die Naturwissenschaften gestärkt werden.

Nun zum Institut für Bildungsanalysen Baden-Württemberg, kurz IBBW. Streng wissenschaftliche Analysen: Wir alle erinnern uns an Evaluationen, an denen wir schon teilgenommen haben. Da bekommt man am Ende eines Kurses einen anonymen Fragebogen, auf dem man ankreuzen darf: Wie gut war der Kursleiter vorbereitet, und wie gut hat er die Fragen beantwortet? Dann bemerkt man, dass das eigentliche Lernen nicht wirklich messbar ist. Angekreuzt wird nach der Stimmung: War's gerade nett? War's gerade gut? Wenn ja, gibt es ein freundliches Smiley, im anderen Fall ein weniger freundliches.

Das Eigentliche, die Kunst des Lernens, die Lehrer-Schüler-Beziehung, diese menschliche, personalisierte Beziehung, sollte wieder – das fordern wir mit Mut – in den Mittelpunkt gestellt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Das leitet zur Frage über: Was ist eigentlich Bildung? Diese Frage möchte ich diesem Institut auf den Weg geben. Wir müssen diesen Begriff vom Staub des 19. Jahrhunderts befrei-

en und wieder zu dem zurückkehren, was es eigentlich ist, aber natürlich weiterentwickelt für die heutige Zeit.

Bildung ist in Deutschland etwas anderes als in manch anderen Ländern. Bilden woran, wodurch? Wir erfahren es bei Meister Eckhart am Bild Gottes. Es ist die Gottesebenbildlichkeit des Menschen, die es dem Menschen erst ermöglicht, sich zu bilden. Natürlich wurde dieser geistige Bezug im 19. Jahrhundert neu gedeutet. Aber auch hier sind es die innere Bewegung, die Selbstständigkeit und die Selbsttätigkeit sowie die Arbeit an sich selbst, die Bildung und Höherentwicklung bedeuten. Diesen geistigen Bezug hat die Bildung immer noch.

Vielleicht hilft es uns, wieder Vertrauen zu fassen in das, was Bildung sein kann und wieder werden muss. Ich hoffe, dass das neue Institut für Bildungsanalysen diesen übergeordneten Gesichtspunkt nicht aus dem Blick verliert.

Danke.

(Beifall bei der AfD)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Dr. Fulst-Blei, bitte, für die SPD.

**Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! In der Ersten Beratung dieses Gesetzentwurfs sowie im Bildungsausschuss haben wir uns mit den klaren inhaltlichen Defiziten dieses Vorhabens auseinandergesetzt. Das Ziel meiner heutigen Rede ist deshalb vor allem, Verantwortlichkeiten zu benennen. Ich zitiere:

*Gegen dieses Reformprojekt war die chaotische Einführung von G 8 eine handwerklich saubere Maßnahme.*

Diese Aussage stammt nicht von mir, sondern von einem Schulleiter, und es ist bezeichnend für die gegenwärtige Lage in den Schulen, dass er mich ausdrücklich gebeten hat, seinen Namen nicht zu nennen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ach, die Geschichte kennen wir doch! Ein Feigling! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: „Und täglich grüßt das Murmeltier“!)

Dass ein Projekt dieser Größenordnung Widerstände hervorruft, ist normal. Wir haben in der vergangenen Legislaturperiode große Projekte auf den Weg gebracht. Auch uns hat dabei etwa die GEW sehr kritisch begleitet. Aber noch nie – ich betone: noch nie – habe ich zu einem Gesetzentwurf eine so vernichtende Kritik gelesen wie seitens der GEW vom 27. November. Zitat:

*Die Widersprüchlichkeiten, Inkonsistenzen und Unklarheiten des Gesetzentwurfs legen insgesamt den Schluss nahe, dass der Versuch, ein Qualitätskonzept für die Schulen auf den Weg zu bringen, zumindest in der vorgelegten Fassung als gescheitert betrachtet werden muss.*

(Beifall bei der SPD)

Deutlicher, Kolleginnen und Kollegen, geht es nicht. Dieses Vorhaben wird scheitern. Die GEW ist mit ihrer Einschätzung nicht allein. Doch statt Nachdenklichkeit bei Grün-Schwarz



(Dr. Stefan Fulst-Blei)

nur Selbstzufriedenheit. Nein, Kollegin Boser, heute ist kein guter Tag für Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhme CDU)

Die Rede ist von einem enormen Zeitdruck, keinerlei Transparenz, einem Maulkorb für Beschäftigte und vor allem von Unklarheiten und Unsicherheiten für diese. Das ist weder ein guter Stil noch der richtige Weg. Denn ob Schule oder Schulverwaltung: Die Lehrerinnen und Lehrer verdienen vor allem unseren Respekt und unsere Wertschätzung. Genau das vermissen mittlerweile viele.

(Beifall bei der SPD)

Auch der Respekt und die Wertschätzung gegenüber dem Parlament lassen zu wünschen übrig. Wie können Sie denn hoch dotierte Stellen bereits vorab besetzen und sich dafür selbst feiern, wenn der Landtag der Einrichtung der Institute noch nicht einmal zugestimmt hat? Darüber hinaus hören wir, dass Sie uns einen Gesetzentwurf mit Strukturen zu den Seminaren vorlegen, die Sie in internen Arbeitsgruppen bereits abschaffen lassen. Wie sollen wir einem Gesetz zustimmen, bei dem die Höhe der daraus resultierenden Mehrkosten nicht klar ist? Stellenpläne – noch in Arbeit und Strukturerstellung – werden bereits überholt. Die von Ihnen, Frau Kollegin Boser, gelobte Fremdevaluation haben Sie im ersten Schritt gleich abgeschafft. Das geht so nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, Sie verabschieden heute eine Reform, die übrigens bereits zum 1. Januar dieses Jahres umgesetzt sein sollte. Die bittere Wahrheit: Ihre Experten sagen selbst öffentlich, dass es gut zehn Jahre dauern kann, bis die Qualitätsverbesserung in den Schulen, im Unterricht nachhaltig wirksam wird. Trotzdem weigern Sie sich, konkrete Meilensteine zu nennen. Was wollen Sie bis wann erreicht haben? Es gibt keine Transparenz, Kollegin Boser.

In zehn Jahren werden manche von uns vielleicht nicht mehr im Landtag sein. Manche hoffen vielleicht, bis dahin eine andere Funktion zu haben, um nicht verantworten zu müssen, was sie heute maßgeblich auf den Weg bringen.

Interessant ist auch, dass die Grünen dieses Projekt mittragen. Ist das Ausdruck des bildungspolitischen Wachkomas der Partei, oder steckt Parteistrategie dahinter?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhme CDU: Gemeinsames Projekt!)

Wie auch immer. Ich rufe Ihnen heute noch einmal zu: Verabschieden Sie diese Reform nicht. Falls doch, tragen Sie – Sie allein! – und nicht die Beschäftigten die Verantwortung dafür. Kommen Sie nicht in ein paar Jahren auf die Idee, das potenzielle Scheitern, das absehbar ist, auf die Beschäftigten abzuwälzen.

(Beifall bei der SPD)

Glauben Sie mir: Wir würden ein Scheitern dieser Reform nicht feiern; denn uns liegen die Qualität der Schulen und das Befinden der Beschäftigten viel zu sehr am Herzen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhme CDU: Sagen Sie was zur Qualität!)

Aber, Herr Kollege Röhme, die Lernplattform „ella“ – ein Schaden von bis zu 28 Millionen € – haben Sie bereits an die Wand gefahren. Im Ministerium gab es ein mangelhaftes Projektmanagement. Das ist eine zentrale Ursache des Scheiterns.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhme CDU: Wollen Sie einen Untersuchungsausschuss?)

Frau Ministerin, sollte auch dieses Reformvorhaben mit einem Volumen von 30 Millionen € scheitern, wäre es diesmal an Ihnen, über Konsequenzen nachzudenken. Dann reicht das Ablösen einer Ministerialdirektorin nicht mehr aus.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Für die FDP/DVP spricht Herr Abg. Dr. Rülke.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Womöglich gibt die Anhörung zum Gesetzentwurf für dieses angebliche Qualitätskonzept einen Vorgeschmack auf das Konzept selbst. Unter den Stellungnahmen fehlt beispielsweise die Stimme der Wirtschaft vollständig. Dabei hätten die Unternehmen einiges an Erfahrungswissen zum Thema Qualitätsmanagement beizusteuern. Eine Nachfrage bei den Arbeitgebern ergab, dass diese gar nicht zu einer Stellungnahme aufgefordert worden sind.

(Abg. Gabi Rolland SPD: Genau! So viel zur Einbindung der Beschäftigten!)

Offensichtlich wurde der Kreis der Angeschriebenen sehr klein gehalten. Dazu passt, dass Qualität den Schulen im Konzept gesetzlich verordnet wird. Dabei ist Qualität ebenso wie Bildung das Ergebnis einer Anstrengung, die ein Einzelner oder eine Bildungseinrichtung auf sich genommen hat.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhme CDU: Das ist richtig!)

Folgende Mängel sieht unsere Fraktion: Das Qualitätskonzept verursacht einen Bruch in der Arbeit an der Qualität. Zwar soll es ab dem kommenden Schuljahr wieder eine Fremdevaluation an den Schulen in Baden-Württemberg geben. Warum die seitherige Fremdevaluation aber einfach gekippt wurde, bleibt weiter ein Rätsel.

Das Qualitätskonzept geht über wichtige Errungenschaften unseres Bildungswesens wie ein Rasenmäher hinweg. Beispiele sind das Zentrum für Schulpsychologie in der neuen Struktur, um das sich der Verband der Schulpsychologen sorgt, oder der Württembergische Landessportbund, der durch wegfallende Arbeitsfelder erhebliche Beeinträchtigungen bei der Zusammenarbeit mit den Vereinen befürchtet.

(Abg. Anton Baron AfD: Vorlesung!)

Das Qualitätskonzept ist zentralistisch organisiert. Durch die geplanten Regionalstellen des Zentrums für Schulqualität und Lehrerbildung entsteht offensichtlich eine parallele Struktur zu den Seminaren für Didaktik und Lehrerbildung. Werden die Seminare geschwächt, könnte dies zulasten eines wichtigen Transmissionsriemens für den Lehrernachwuchs in Gebieten jenseits der Ballungszentren und Universitätsstädte gehen. Diese Sorge konnte die Kultusministerin bislang nicht entkräften.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Das Qualitätskonzept bietet überdies keinen Raum für die Bedürfnisse der einzelnen Schulen. Es fehlt ein Fortbildungsbudget, mit dem sich diese auch auf dem freien Markt Fortbildungen einkaufen und diese sinnvoll mit der Personalentwicklung verknüpfen können. Obwohl die beruflichen Schulen mit Fortbildungsbudgets sehr gute Erfahrungen gemacht haben, fehlt der Landesregierung hierzu offenbar der Mut.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Nachdem ein entsprechender Antrag der FDP/DVP im Bildungsausschuss keine Mehrheit fand, haben wir ihn heute nochmals eingebracht. Leider haben die Regierungsfractionen ihre Ablehnung bereits angekündigt. Damit steht für unsere Fraktion fest, dass wir den Gesetzentwurf ablehnen müssen – nicht weil wir grundsätzlich gegen ein Qualitätskonzept wären, sondern weil dieses Qualitätskonzept aus unserer Sicht nicht den Anforderungen unseres Bildungssystems gerecht wird.

Wenn wir Freien Demokraten an Qualität bei der Bildung denken, stellen sich uns u. a. folgende Fragen: Wo bleibt endlich das seit über zwei Jahren versprochene Ganztagskonzept? Warum wird die Privilegierung der Gemeinschaftsschule nicht zugunsten fairer Bedingungen für alle weiterführenden Schulen beendet? – Da gibt es keinen Zwischenruf vom Kollegen Röhm.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU –  
Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Hätten Sie gern einen?)

Warum sorgt die grün-schwarze Regierung nicht für eine Zukunftsperspektive für die Haupt- und Werkrealschulen? Warum sind die kleinen Grundschulen ins Visier von Grün-Schwarz geraten? Warum gibt die Landesregierung keine innovativen Wege bei der Lehrgewinnung frei? Warum wird die Eigenverantwortung der Schulen nicht gestärkt? Und warum blockieren der Ministerpräsident und der Rest der Regierung bei der Mitfinanzierung des Bundes in Bildungsfragen, beispielsweise bei der digitalen Ausstattung?

All diese drängenden Fragen der Qualität kann dieses Qualitätskonzept keineswegs vergessen machen. Deshalb ist dieses Qualitätskonzept in Summe kein Qualitätskonzept und wird von uns daher abgelehnt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Das Wort hat Frau Ministerin – –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU meldet sich.)

– Ja, bitte.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich habe noch Redezeit! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Röhm wollte den Zwischenruf nachholen!)

Möchten Sie in der ersten Runde noch einmal sprechen? – Bitte.

(Abg. Anton Baron AfD: Frau Präsidentin, normal geschieht das in der zweiten Runde!)

– Das kann er einteilen, wie er will.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD und Abg. Anton Baron AfD: Sehr ungewöhnlich! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Na gut! Gern! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU begibt sich wieder zu seinem Abgeordnetenplatz. – Vereinzelt Heiterkeit)

Er kann seine Redezeit verwenden, wie er möchte.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich wollte nur signalisieren, dass ich noch Redezeit habe!)

– Ja. Beide Regierungsfractionen haben noch Redezeit.

Dann spricht zunächst Frau Ministerin Dr. Eisenmann. – Bitte.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wahrscheinlich erübrigt sich dann mein Redebeitrag! – Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Herr Röhm, wir hätten gern zugehört! – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst vielen Dank, dass wir uns in den letzten Monaten sowohl hier im Plenum als auch im Bildungsausschuss mit dem Thema auseinandergesetzt haben.

Zusammenfassend möchte ich sagen, dass ich angesichts mancher Diskussionsbeiträge schon verwundert bin, Herr Fulst-Blei, wie manche in dem verhaften, was man „halt schon immer so“ gemacht hat. Alles, was neu kommt, wird erst einmal als falsch und nicht als der richtige Weg angesehen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das ist halt typisch SPD!)

Ich verweise nur auf Testläufe mit USB-Sticks und anschließender Kopierleistung. Huch!

(Abg. Nicole Razavi CDU: Typisch SPD!)

Da wird bei allem Neuem erst einmal „Vorsicht!“ gerufen.

Deshalb die herzliche Bitte und die herzliche Einladung an die Opposition und an die Verbände: Beteiligen Sie sich konstruktiv an dem Prozess!

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dann müssen sie auch gefragt werden!)

Beteiligen Sie sich an der Diskussion zu der Frage, wie Qualität aussieht. – Herr Rülke, natürlich kann man in der Opposition alles ablehnen; das haben Sie heute auch gemacht. Ich schicke Ihnen übrigens gern die Zumeldungen der Verbände,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja!)

von Südwestmetall, zu. Ihre Pressestelle wird sie auch haben. Da waren Sie, glaube ich, nicht ganz aktuell. Aber Sie bekommen das von uns zusammengestellt, damit Sie sehen, wie die Reaktion der Wirtschaft ist. Da lautete die Überschrift: überfällig –

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

datengestützt, basisevaluiert. Wir bringen Sie da gern à jour.

(Ministerin Dr. Susanne Eisenmann)

Aber die Bitte ist: Lassen Sie uns zukunftsorientiert arbeiten! Die Zeiten haben sich geändert. Auf den bisherigen Grundlagen können wir eben nicht mehr aufbauen. Das haben wir in den letzten acht bis zehn Jahren getan. Deshalb stehen wir da, wo wir stehen. Niemand hat kommen sehen, dass die Qualität baden-württembergischer Schulen im bundesweiten Vergleich derart abnimmt, aber alle sagen jetzt, wie es richtig geht.

Wir haben ein Konzept vorgelegt. Es ist transparent, es ist kommuniziert. Es kostet auch keine 30 Millionen € zusätzlich; auch das wiederhole ich gebetsmühlenhaft. Ich lade jeden ein, diesen Prozess konstruktiv-kritisch zu begleiten. Es lohnt jede Diskussion über Qualität. Deshalb die herzliche Bitte: Lassen Sie uns nach vorn blicken!

Herr Rülke, Ihr Antrag ist faszinierend. Ich habe es schon im Bildungsausschuss gesagt. Sie fordern mehr Freiheit für die einzelnen Schulstandorte, eine eigene Budgetverwaltung etc. Vor wenigen Wochen haben Sie noch dafür geworben, möglichst viele Kompetenzen an den Bund abzugeben.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Überhaupt keine Kompetenzen!)

Sie haben dem Ministerpräsidenten und der Landesregierung vorgeworfen, beim Digitalpakt föderal völlig verblendet zu sein, und haben gesagt, wir brauchten bundesweite Standards. Was denn jetzt?

Es ist schön, dass man jede Woche neu reden kann, aber insgesamt gibt es halt kein einheitliches Bild. Es ist ein Widerspruch, wenn man auf der einen Seite bereit ist, mehr Verantwortung an den Bund abzutreten, und auf der anderen Seite beantragt, die Schulen sollten mehr Freiheit haben.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nein!)

Deshalb auch insoweit die herzliche Bitte: Lassen Sie uns darüber ins Gespräch kommen. Ich helfe auch der FDP gern, hier eine einheitliche Linie zu finden. Wir, die Landesregierung, sind da immer behilflich.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen  
– Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Erst einmal sollten Sie in Ihrer Koalition eine einheitliche Linie hinbekommen!)

– Ihre Worte waren auch, dass die Koalition in dieser Frage einmütig sei. So gesehen, haben wir wohl keinen Nachholbedarf.

Vielen Dank für die Unterstützung. Lassen Sie uns diesen Prozess jetzt angehen. Es ist ein großer, ein wichtiger Prozess, weil er Baden-Württemberg endlich so aufstellt, wie andere Bundesländer schon lange aufgestellt sind. Ich lade Sie herzlich ein, diesen Prozess konstruktiv-kritisch, aber zukunftsorientiert zu begleiten, und werbe um Zustimmung zu diesem Gesetz.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Nun hat zunächst für die Grünen Frau Abg. Boser das Wort.

**Abg. Sandra Boser GRÜNE:** Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich muss noch einmal auf das eingehen, was von der SPD gesagt wurde. Mich wundert schon, dass eine Reform seitens der SPD plötzlich in der Form kritisiert wird, dass man alles beim Alten lassen will.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! – Abg. Gabi Rolland SPD: Das haben wir nicht gesagt!)

Sie haben verkürzt aus der Anhörung zitiert. Ich zitiere verkürzt aus der Pressemeldung der GEW von letzter Woche zu der ersten Lesung, in der die GEW schreibt, die Ziele des Qualitätskonzepts seien richtig.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das ist auch so! Die Umsetzung ist das Problem! Die GEW sagt das deutlich!)

– Nein, Sie haben auch die gesamte Reform kritisiert. Sie haben gesagt, dieses Qualitätskonzept werde zulasten der Schulen gehen.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Weil es dilettantisch umgesetzt wurde!)

Das ist aber nicht der Fall, und die GEW sagt das auch nicht.

(Abg. Gabi Rolland SPD: Lesen bildet! Lesen Sie doch die Stellungnahme!)

Mir ist wichtig, noch einmal zu sagen, dass es an dieser Stelle darum geht, die Schulen künftig besser als bisher zu unterstützen. Dieses Ziel sollten wir im Parlament gemeinsam verfolgen und es nicht in der Form, wie Sie es getan haben, kritisieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU  
– Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sie haben keine Ziele gesetzt!)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Röhm, bitte.

**Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU:** Frau Präsidentin! Ich entschuldige mich für mein Vorpreschen von vorhin und füge mich in die Ordnung des Hauses.

Zwei Punkte möchte ich ansprechen. Erstens: Lieber Kollege Rülke, die FDP/DVP-Fraktion kann guten Gewissens zustimmen; denn die beiden in der Begründung des FDP/DVP-Antrags genannten Dinge gelten: Die Schulen haben selbstverständlich die Möglichkeit, über ein Fortbildungsbudget Leistungen einzukaufen, die ansonsten nicht angeboten werden. Dafür werden nach wie vor Mittel vorgehalten, und es ist auch nicht beabsichtigt, dies zu ändern.

Was die Gestaltungsfreiheit bei der Personalgewinnung angeht, gibt es schulscharfe Stellenausschreibungen, und niemals wird sich ein Amt querstellen, wenn ein Kollege in einer großen Notlage jemanden findet, den er unbedingt braucht. Hierbei denke ich vor allem an die beruflichen Schulen. Ich glaube, Schulleiter werden mehr zusätzliches Personal finden als eine Behörde.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Also sind wir uns einig!)

(Karl-Wilhelm Röhm)

Insofern ist das eigentlich umgesetzt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Also stimmen Sie dem Antrag zu?)

– Nein, ihr könnt guten Gewissens dem Gesetzentwurf zustimmen,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Weil ihr den Antrag ablehnt!)

weil dies bereits Gültigkeit hat.

Zweitens noch schnell zur SPD und zur Fremdevaluation. Frau Boser hat es bereits ansatzweise angesprochen: Sie haben – das ist unter Ihrer Verantwortung geschehen, Kultusminister Stoch und Frau Warminski-Leitheußer – die Fremdevaluation nicht konsequent umgesetzt.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Moment mal! Das ist doch bei Schavan eingeführt worden! Was reden Sie denn für einen Unfug!)

– Langsam, langsam. Das hat mit dem nichts zu tun. Selbstverständlich wurde das bei Schavan eingesetzt, aber in Ihrer Regierungszeit sind bei vielen Schulen keine Zielvereinbarungen abgeschlossen worden. Sie sind Ihrer Dienstaufsicht nicht gerecht geworden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist völliger Blödsinn! Sie haben ja gar keine Ahnung! Jesses Gott! – Weitere Zurufe von der SPD)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Dr. Rülke hat noch einmal das Wort.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Nur zwei Dinge abschließend, Frau Ministerin.

(Zuruf: „Frau Präsidentin“!)

Zum einen haben Sie gesagt, wir würden den Versuch unternehmen, dem Bund Kompetenzen für die Bildung in Baden-Württemberg zuzuschancen. Das ist in keiner Weise richtig. Wir sind nur dafür, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass das Geld des Bundes endlich für die Digitalisierung der Schulen in Baden-Württemberg zur Verfügung gestellt wird, und das würden wir uns von Ihnen auch erwarten, Frau Ministerin.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Und das Zweite: Ihr Angebot, uns sozusagen bei unserer bildungspolitischen Positionierung zu unterstützen, ehrt Sie, Frau Ministerin. Nur haben wir natürlich gewisse Zweifel, ob Sie die geeignete Person sind, um dies zu leisten, wenn man sich Ihre Bilanz anschaut, insbesondere die Art und Weise, wie Sie „ella“ an die Wand gefahren haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD – Abg. Nicole Razavi CDU: Na, na, na!)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt liegen mir keine Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 16/5422. Ab-

stimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kultus, Jugend und Sport, Drucksache 16/5681. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Zu dem Gesetzentwurf liegt, wie schon angekündigt, der Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/5717, vor, den ich dann nach der Schlussabstimmung zur Abstimmung stellen werde.

Ich schlage Ihnen vor, dass wir über die Artikel 1 bis 31 insgesamt abstimmen. – Sie sind damit einverstanden.

Ich rufe auf

Artikel 1

Gesetz über das Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung

bis

Artikel 31

Inkrafttreten

Wer den Artikeln 1 bis 31 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist den Artikeln 1 bis 31 mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 13. Februar 2019 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Umsetzung des Qualitätskonzepts für die öffentlichen Schulen in Baden-Württemberg“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

**S c h l u s s a b s t i m m u n g**

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Danke schön. Gegenprobe! – Danke. Enthaltungen? – Damit ist dem Gesetz mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben jetzt noch über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/5717, abzustimmen.

(Unruhe)

– Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit. – Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen?

(Abg. Stefan Räßle AfD steht an einem Saalmikrofon.)

– Wir sind mitten in der Abstimmung, Herr Abg. Räßle. – Damit ist der Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP mehrheitlich abgelehnt.

Wir sind damit mit Punkt 2 der Tagesordnung fertig.

Herr Abg. Räßle, bitte schön.

**Abg. Stefan Räßle** AfD: Ich zweifle das Ergebnis der letzten Abstimmung zu dem Gesetzentwurf an. Es sind von den regierungstragenden Fraktionen weniger Abgeordnete hier.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf von den Grünen: Bist du blind?)

Die Opposition ist in voller Stärke anwesend. Ich denke, dass der Gesetzentwurf abgelehnt wurde.

(Zurufe)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Räßle, ich habe von hier oben einen ziemlich guten Überblick über die Besetzung der Reihen.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Ich fordere eine namentliche Abstimmung! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Kollege Stoch hat doch mit Sicherheit mitgezählt!)

– Das ist überhaupt nicht nötig. Wir haben Ihren Antrag gehört, und ich kann Ihnen sagen, die Beschlussfähigkeit war vorhanden. Wir haben jetzt Tagesordnungspunkt 2 abgestimmt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Ich darf Sie bitten, wieder Platz zu nehmen, Herr Abg. Räßle.

Ich komme jetzt zur Bekanntgabe des Wahlergebnisses der Wahl des Schriftführers, den die AfD-Fraktion vorgeschlagen hatte, und gebe das Wahlergebnis bekannt:

An der Abstimmung über den Wahlvorschlag Stefan Räßle haben sich 132 Abgeordnete beteiligt.

*Mit Ja haben 15 Abgeordnete gestimmt,*

(Zurufe: Ah! – Abg. Thomas Blenke CDU: Doch so viele!)

*mit Nein haben 114 Abgeordnete gestimmt;  
zwei Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten.  
Ungültig war ein Stimmzettel.*

Herr Abg. Räßle ist damit nicht zum Schriftführer gewählt.

Ich rufe jetzt **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg – Drucksache 16/5421**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultus, Jugend und Sport – Drucksache 16/5682**

**Berichterstatte: Abg. Daniel Born**

(Unruhe bei der AfD)

– Ich darf um Ihre Aufmerksamkeit bitten. Darf ich in der Tagesordnung weitermachen? Ich bitte jetzt um Ruhe.

(Abg. Nicole Razavi CDU zu Abgeordneten der AfD-Fraktion: Redet doch draußen!)

Auch hierzu hat das Präsidium für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Als Erste spricht Frau Abg. Lösch für die Grünen.

**Abg. Brigitte Lösch** GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor zwei Wochen haben wir in der ersten Lesung das Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg diskutiert. Letzte Woche haben wir auch im Ausschuss in aller Ausführlichkeit darüber diskutiert. Deswegen möchte ich mich kurzfassen und nur zu den zwei wesentlichen Punkten sprechen.

Sie wissen, dass der Gesetzentwurf zur Änderung des Schulgesetzes fünf Änderungen beinhaltet, die aufgrund von rechtlichen Regelungen notwendig geworden sind, darunter die schon seit Langem fällige Verankerung der deutsch-französischen Grundschulen im Schulgesetz. Sie erinnern sich an das gemeinsame Abkommen des Kultusministeriums Baden-Württemberg und der Agence pour l'enseignement français à l'étranger

(Vereinzelt Beifall – Oh-Rufe – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

und an die Regelung der Sachkostenzuschüsse für die sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren mit Internat in freier Trägerschaft.

Die zwei Hauptpunkte sind jedoch die Ausgestaltung der Regelung zur Zuweisung von Schülerinnen und Schülern sowie die Einziehung schulordnungswidrig mitgeführter oder verwendeter Sachen.

Lassen Sie mich zur Neufassung von § 88 Absatz 4 Satz 2 des Schulgesetzes kommen, in dem es um die Voraussetzungen für eine Schülerlenkung geht. Anlass für die Gesetzesänderung ist das Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg vom Dezember 2017. Mit der geplanten Änderung des Schulgesetzes wird das Urteil nun umgesetzt. Damit werden bestehende Lenkungsgründe ergänzt bzw. Ermächtigungsgrundlagen geschaffen. Die Schulaufsichtsbehörden können nun in Einzelfällen – –

(Abg. Daniel Born SPD: Wo steht im Urteil geschrieben, dass Sie ein Gesetz machen müssen?)

– Herr Kollege, das können Sie nachher gleich erörtern. Außerdem ist der gleiche Zwischenruf in zwei Reden nicht besonders originell.

(Abg. Daniel Born SPD: Weil Sie zwei Mal das Gleiche sagen!)

Die Schulaufsichtsbehörden – –

(Abg. Stefan Räßle AfD unterhält sich mit Abg. Dr. Christina Baum AfD. – Unruhe)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Entschuldigung, Frau Abg. Lösch. – Herr Abg. Räßle, ich darf Sie bitten, Ihren Platz einzunehmen. Frau Abg. Dr. Baum, wenn Sie noch mehr zu besprechen haben, verlagern Sie das doch bitte nach außerhalb des Plenarsaals. Es ist sehr störend.

**Abg. Brigitte Lösch** GRÜNE: Ja, das würde mir auch gefallen.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Darf ich Sie bitten?

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Das werden wir tun! – Vereinzelt Beifall – Gegenruf der Abg. Nicole Razavi CDU: Aber gleich, bitte!)

**Abg. Brigitte Lösch** GRÜNE: Schön. – Die Schulaufsichtsbehörden können nun in Einzelfällen Schülerinnen und Schüler einer anderen Schule desselben Schultyps zuweisen, wenn dies zur Bildung annähernd gleich großer Klassen oder bei Erschöpfung der Aufnahmekapazität erforderlich und den Schülerinnen und Schülern zumutbar ist.

Übrigens: Auch nach den bisherigen Bestimmungen besteht kein Anspruch auf die Aufnahme in eine bestimmte Schule, solange der Besuch einer anderen Schule desselben Schultyps möglich und den Schülerinnen und Schülern zumutbar ist. Dabei sind übrigens Aspekte des individuellen schulischen Profils, also auch der inhaltlich-pädagogischen Schwerpunktsetzung oder der Sprachreihenfolge, zu beachten. Sie sind im Rahmen der Zumutbarkeit der Zuweisungsmaßnahme von Relevanz. Das können Sie auch im Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg von 1999 nachlesen. Eine Zuweisung an eine Schule anderen Typs ist schon bisher unzulässig und bleibt es auch weiterhin.

Wir finden diese Aussagen, wie sie auch im Text stehen, ausreichend. Deshalb lehnen wir – wie auch schon im Bildungsausschuss – den Änderungsantrag der FDP/DVP ab, der die Forderungen des BBW Beamtenbund Tarifunion, die in der Anhörung vorgetragen wurden – der Ansatz der unterschiedlichen Schultypen greife zu kurz, es müsse auf die gewählten Fächerprofile und die Sprachreihenfolge Rücksicht genommen werden –, übernommen hat.

Meine Damen und Herren, ich habe es gerade ausgeführt, dass genau diese Punkte des individuellen schulischen Profils und der Sprachreihenfolge bei der Schülerlenkung beachtet werden und weiterhin von Relevanz sind. So steht es auch im Text.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

– Danke schön.

Der zweite Punkt ist die Änderung von § 23 des Schulgesetzes, wodurch ein spezieller Tatbestand zur Einziehung schulordnungswidrig mitgeführter oder verwendeter Sachen geschaffen werden soll. Dies begrüßen wir, weil es sich um eine Präzisierung des Tatbestands in § 23 des Schulgesetzes handelt. Bisher herrschte bezüglich des Umgangs mit mitgeführten Gegenständen eine gewisse Offenheit und Unsicherheit darüber, wann und wie lange die Lehrerinnen und Lehrer z. B. Handys, mit denen der Unterricht gestört wurde, einsammeln durften. Mit der neuen Regelung schaffen wir jetzt mehr Rechtssicherheit und stärken zudem den Erziehungs- und Bildungsauftrag der Schulen.

Wir begrüßen die Verabschiedung des Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg, weil dadurch weiterhin auch in der Fläche ein gutes Bildungsangebot gewährleistet wird.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Jetzt spricht Herr Abg. Beck für die CDU-Fraktion.

**Abg. Norbert Beck** CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben nicht einmal zwei Wochen –

vom 31. Januar bis heute, dem 13. Februar – benötigt, Frau Kollegin Lösch, um diese Änderung des Schulgesetzes unter Dach und Fach zu bringen. Besser und schneller geht es wirklich nimmer.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich, dass von Anfang an – auch das wurde schon gesagt – bei drei der vier vorgelegten inhaltlichen Punkte Konsens bei allen Fraktionen bestanden hat. Nur bei der vorgesehenen Schülerzuweisung gab es sowohl in der ersten Lesung als auch im Ausschuss unterschiedliche Auffassungen.

Ich möchte deshalb für die CDU-Fraktion nochmals klar zum Ausdruck bringen – wie auch die Kollegin Lösch –, dass eine Zuweisung nur an eine Schule des gleichen Typs zulässig und möglich ist.

Des Weiteren freue ich mich, dass die Frau Ministerin im Ausschuss klargestellt hat, dass die Einziehung einer schulordnungswidrigen Sache – wie beispielsweise eines Handys; das wurde schon erwähnt – im Regelfall nur für den betroffenen Schultag gilt. Lediglich dann, wenn in einem Einzelfall beispielsweise noch Gespräche mit Eltern notwendig sind, kann die Einziehung auch einmal länger als einen Schultag dauern.

Alle Fraktionen waren sich einig, dass der Schulversuch für die deutsch-französischen Schulen beendet werden soll und eine Aufnahme in das Schulgesetz sinnvoll ist.

Wir, die CDU-Fraktion, werden der Änderung des Schulgesetzes daher zustimmen und den Antrag der FDP/DVP ablehnen.

„Habe fertig.“ Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Dr. Balzer, bitte, für die AfD.

**Abg. Dr. Rainer Balzer** AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen Abgeordnete! Es ist richtig – um an den Vorredner anzuknüpfen –: Manche Gesetzesinitiativen oder -änderungen gehen bemerkenswert schnell. Manches wird in der Öffentlichkeit thematisiert und manches gar nicht. Dann wird im Paket etwas verabschiedet, was in der Öffentlichkeit eigentlich noch nicht diskutiert worden ist. Das missfällt eigentlich.

Jede einzelne Maßnahme in dem Gesetzentwurf hätte eigentlich gründlich diskutiert werden sollen. Aber dafür reichen auch diese fünf Minuten Redezeiten hier kaum.

Bei den Zuweisungen von Schülern an andere Schulen zur Vermeidung der Bildung zusätzlicher Klassengruppen oder Lerngruppen beruft sich die Landesregierung im Gesetzentwurf auf das Gebot der Wirtschaftlichkeit.

Im Schulgesetz steht in § 76 Absatz 2:

*Der Schulpflichtige hat die Schule zu besuchen, in deren Schulbezirk er wohnt. Dies gilt nicht für Schulpflichtige, die eine Gemeinschaftsschule oder eine Schule in freier Trägerschaft besuchen; ...*

(Dr. Rainer Balzer)

Warum diese Ausnahme? Weil die Gemeinschaftsschule das Steckenpferdchen unserer grün geführten Landesregierung ist und man es deswegen nicht ändern kann?

Bei den deutsch-französischen Grundschulen geht es hier weniger um eine Änderung der Praxis, es geht um die Rechtsstellung. Wir haben eigentlich bilinguale Schulen; das sollte normal reichen. „Grenzüberschreitende Bildungsbiografien“, was für eine schöne Wohlgefühlphrase in der Begründung des Gesetzentwurfs.

In Frankreich ist es durchaus so, dass die Verbreitung der französischen Sprache Teil einer außenpolitischen Strategie ist. Der französische Außenminister ist gleichzeitig Minister für Frankophonie. Die frankofonen Länder waren früher die französischen Kolonien. Und Deutschland? Warten Sie sehnsüchtig darauf, sich da einreihen zu dürfen?

(Lachen des Abg. Peter Hofelich SPD)

Schauen wir einfach einmal über den Rhein. Der Gebrauch der deutschen Sprache wurde nach dem Ersten Weltkrieg und verstärkt nach dem Zweiten Weltkrieg zurückgedrängt, zusammen mit einer Verleugnung eines Teils der Geschichte der Bewohner. Heute gibt es sogar Personen, die bestreiten, und viele, die nicht wissen, dass Elsässisch ein deutscher Dialekt ist. Besuchen Sie einmal das EU-Parlament in Straßburg. Welche Sprachen werden dort gesprochen? Das klingt wie ein Vorwurf an die französische Seite, es ist aber eigentlich ein Vorwurf an die deutschen Politiker, die hier zu wenig zur Förderung der eigenen Kultursprache unternehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Im Gegenteil: Es gibt sogar Überlegungen, deutsche Goethe-Institute mit Instituts de Langue Française zusammenzulegen.

Zum 1. Januar 2019 gab es in Frankreich eine Oberstufenreform. Gemäß der Reform müssen Schüler in der Jahrgangsstufe 10 drei Schwerpunktfächer zu je vier Stunden pro Woche auswählen, von denen sie zwei in der Abschlussklasse mit sechs Stunden pro Woche weiterführen. Nur sechs von 77 Gymnasien in Lothringen werden künftig Deutsch als Schwerpunktfach in der Oberstufe anbieten. Damit wird Deutsch noch seltener angeboten als Griechisch und Latein, die immerhin von sieben Schulen angeboten werden.

Im Elsass gibt es immerhin 20 öffentliche Lycées mit Schwerpunktfach Deutsch. Wohlgermerkt: Wir reden hier nicht von bilingualen Schulen, sondern wir reden hier lediglich von Deutsch als Fremdsprache. Selbst Schulen in unmittelbarer Nähe zu Deutschland, wie im 10 km von der Grenze entfernten Forbach, sehen Deutsch als Fremdsprache nicht vor. Diese Entscheidungen wurden auf gut Französisch von den Behörden und Ämtern getroffen.

Wir werden aus diesem Grund dieses Gesetz auch ablehnen, auch wenn einzelnen Artikeln zugestimmt werden kann.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: Rauschender Applaus!)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Das Wort hat Herr Kollege Born für die SPD.

**Abg. Daniel Born SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieses Gesetz ist vieles, dieses Gesetz ist aber – gerade wenn wir uns an die teilweise hektische Diskussion im Sommer erinnern – kein Einfallstor für ein generelles Handyverbot an Schulen. Das ist gut so. Mobile Endgeräte gehören zum Kommunikationskontext der Jugendlichen dazu. Wir sollten darum diese Möglichkeit auch zunehmend mit einbauen in das, was Schule vor Ort leisten kann, und nicht nur über Verbotsmöglichkeiten diskutieren.

Aber aus gutem Grund wird hier Sicherheit für die Schulgemeinschaften geschaffen, sodass vor Ort kluge Regelungen in den Schulordnungen getroffen werden können. Aus gutem Grund werden die Sachkostenzuschüsse für SBBZ mit Internat in freier Trägerschaft angepasst. Aus gutem Grund werden die zwei deutsch-französischen Grundschulen im Schulgesetz verankert. Und aus gutem Grund haben Ihnen, liebe Landesregierung, zwei Mal Gerichte auf die Finger gehauen, weil Sie die Interessen und Freiheiten von Eltern und Kindern nicht ausreichend gewürdigt haben.

(Beifall bei der SPD)

Sie behaupten, das Urteil des Verwaltungsgerichtshofs zur Schülerzuweisung würde Sie verpflichten, das Schulgesetz zu ändern. Fakt ist: Das Urteil verpflichtet Sie, das bestehende Gesetz ordentlich anzuwenden. Dieses bestehende Gesetz beinhaltet Gestaltungsmöglichkeiten, beinhaltet Entscheidungsmöglichkeiten, und wir erwarten, dass die Exekutive, wenn sie bei dem schmalen Grat der Schülerzuweisung von Gerichten gesagt bekommt, wie man es richtig zu machen hat, nicht als Nächstes zu ihrer grün-schwarzen Parlamentsmehrheit rennt und sagt: „Dann lass uns mal eben ein Gesetz ändern“, sondern dass sie sich dann die Mühe gibt, ein ordentliches Gesetz auch ordentlich anzuwenden. Das ist bei Ihnen schiefgegangen.

Sie von Grün-Schwarz rennen heute Ihrer Landesregierung hinterher, um ein Gesetz so zu schreiben, dass die Exekutive handeln kann, wie sie will, anstatt ein Gesetz zu nutzen, das dafür da ist, den schmalen Grat zwischen Elternrecht, Schülerrecht und dem, was wir in Schulen organisieren müssen, gut auszutarieren. Wir lehnen dieses Gesetz aus diesem Grund an diesem Punkt ab.

(Beifall bei der SPD)

Sie tun immer so, als würde sich doch eigentlich gar nichts ändern. Das ist völliger Quatsch. Sie verstärken das Problem der Zuweisung an eine Schule gleichen Typs, ohne das Schulprofil oder die Sprachenfolge zu berücksichtigen. Für uns ist die Frage „Welches ist das Schulprofil, welches ist die Sprachenfolge?“ so entscheidend, dass man die Entscheidung darüber nicht dem Ermessensspielraum überlassen darf. Vielmehr braucht man dafür klare Regelungen.

Sie schaffen Unklarheiten bei einem entscheidenden Punkt der Bildungsbiografie von Kindern. Das kann man Ihnen nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist nicht akzeptabel für das Bildungsland Baden-Württemberg, das ist nicht akzeptabel für das Familienland Baden-Württemberg.

(Daniel Born)

Das zweite große Problem ist die Regelung, die jetzt für Grundschulen gelten soll. Sie wird zur Gefahr für die Prämisse „Kurze Beine, kurze Wege“. Die Regierungsfractionen werden wieder lautstark abstreiten, ein Schulschließungsprogramm für kleine Grundschulen zu planen. Die Grünen – das haben wir mit den Äußerungen von Frau Boser ja schon erlebt, auch mit dem Auftritt hier in der Aktuellen Debatte – stehen längst nicht mehr dahinter. Und heute wird ein weiteres Schlupfloch geschaffen, indem aufgrund von Ressourcenargumenten der Grundsatz „Kurze Beine, kurze Wege“ weiter geschliffen werden kann. Das lassen wir nicht zu.

(Beifall bei der SPD)

Um die Woche der Kultusministerin thematisch fortzuführen, zitiere ich Hartmut Engler und „Pur“:

(Zuruf: Oh nee!)

*Ich sah viele kommen,  
ich sah viele geh'n.  
Sah viele umfallen, ich blieb meistens steh'n.*

(Zuruf des Abg. Thomas Marwein GRÜNE)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man einen Grundsatz wie „Kurze Beine, kurze Wege“ aufstellt, dann hat man zu diesem Grundsatz auch zu stehen.

(Beifall des Abg. Stephen Brauer FDP/DVP)

Wir stehen zum Grundsatz „Kurze Beine, kurze Wege“. Wir werden Ihnen heute die Schaffung eines weiteren Schlupflochs nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Dr. Rülke, bitte, für die FDP/DVP.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Er ist heute im Dauereinsatz! Hat er als Fraktionsvorsitzender nichts zu tun?)

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf hat die Landesregierung ein Paket aus unterschiedlichen Bestandteilen geschnürt. Vielleicht hoffte sie, auf diese Weise auch die Zustimmung derer zu erhalten, die ihr bildungspolitisches Handeln sonst kritisch begleiten.

Die Zustimmung der FDP/DVP-Fraktion erhält die Landesregierung jedoch nur für drei von vier Bestandteilen dieses Gesetzentwurfs. Ich werde sie hier noch einmal kurz skizzieren.

Das ist erstens die Möglichkeit, schulordnungswidrig mitgeführte oder verwendete Gegenstände vorübergehend einzuziehen. Mit dieser Normierung gelebter Schulpraxis wird Rechtsklarheit geschaffen und den Schulen der Rücken gestärkt.

Zweitens stimmen wir einer eigenen Kategorie für die Sachkostenzuschüsse an Sonderschulen, Sonderberufsschulen und Sonderberufsfachschulen in freier Trägerschaft zu. Bisher orientierte sich die Zuschusshöhe an den Berufs- bzw. den Berufsfachschulen, was zweifellos nicht sachgerecht war.

Drittens tragen wir auch eine Übernahme der Deutsch-Französischen Grundschulen in Freiburg im Breisgau und in Stuttgart-Sillenbuch in die Regelform mit. Sie waren in den Neunzigerjahren als Schulversuch eingerichtet worden und haben sich aus unserer Sicht bewährt.

Nicht zustimmen können wir allerdings dem Paketbestandteil, der eine Einschränkung der Schulwahlfreiheit bewirken soll. Einerseits danken wir zwar für die Klarstellung durch die Kultusministerin, dass Berufsschulen – also die Schulen der dualen Ausbildung – nicht betroffen seien. Hier hätte die Einschränkung der Wahlfreiheit zu einem Verwaltungsmehraufwand aufseiten der Betriebe führen können. Andererseits können die Eingriffe in die Wahlfreiheit ansonsten erheblich sein.

Wie bereits in der ersten Lesung erwähnt, ist uns bewusst, dass Einschränkungen manchmal notwendig sind, beispielsweise, wenn ein Ausgleich bei der Auslastung von Schulen geschaffen werden muss. Aber gerade weil mit dem Gesetzentwurf eine Erweiterung der möglichen Einschränkungen vorgenommen werden soll, sollte die Balance zwischen organisatorischen Erfordernissen einerseits und Wahlfreiheit andererseits wiederhergestellt werden. Zudem gilt es zu verhindern, dass faktische Schulbezirke entstehen, wo gar keine eingerichtet sind, z. B. indem aus Ausgleichsmaßnahmen Automatismen werden.

Deshalb beantragt unsere Fraktion, dass nicht nur auf den Schultyp, sondern auch auf das gewählte Fächerprofil und die Sprachreihenfolge Rücksicht zu nehmen ist. Das bedeutet: Im Konfliktfall muss der individuelle Wahlwunsch erfüllt werden, wenn nicht gewichtige Argumente dagegenstehen. Leider erhielt dieser Antrag im Bildungsausschuss keine Mehrheit.

Aber wir wollen nichts unversucht lassen, um die beschriebene Balance wiederherzustellen. Also haben wir unseren Antrag zur zweiten Lesung noch einmal gestellt.

Der Verwaltungsgerichtshof machte in seiner Entscheidung vom 8. September 2017 darauf aufmerksam, dass die privaten Interessen des Antragstellers an der freien Wahl der Ausbildungsstätte und einer seiner Begabung entsprechenden Erziehung grundrechtlich geschützt sind. Artikel 12 Absatz 1 des Grundgesetzes verfügt – ich zitiere –:

*Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen.*

(Beifall bei der FDP/DVP)

Gemäß Artikel 11 unserer Landesverfassung hat jeder junge Mensch – ich zitiere – „das Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung“.

Diesen Verfassungsbestimmungen wollen wir mit unserem Entschließungsantrag Rechnung tragen. Wenn Sie diesem Entschließungsantrag nicht beitreten können – wie ich ja schon gehört habe –, dann können wir diesen Gesetzentwurf nicht zusammen mit Ihnen verabschieden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)



**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Für die Regierung spricht Frau Kultusministerin Dr. Eisenmann.

Ich darf noch einmal darauf aufmerksam machen, dass das Fotografieren hier im Plenarsaal nicht erlaubt ist, es sei denn, man hat eine spezielle Genehmigung dafür.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Hat mich jetzt jemand fotografiert?)

Das kommt leider immer wieder vor. Ich will die Geschäftsordnung noch einmal in Erinnerung rufen.

Frau Ministerin Dr. Eisenmann, bitte.

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir verabschieden hoffentlich heute die Zusammenführung von verschiedenen gesetzlichen Grundlagen, die wir natürlich in unterschiedlichen Bereichen und aufgrund unterschiedlicher Bedarfe geregelt haben. Es geht zum einen um das Thema Rechtssicherheit und damit die Bitte der Lehrerinnen und Lehrer, wie mit Geräten, gerade auch Handys, umzugehen ist. Darüber hinaus geht es um die Verstetigung unserer bilingualen, unserer deutsch-französischen Grundschulen, und es geht um weitere gesetzliche Veränderungen, deren Notwendigkeit dadurch entstanden ist, dass wir gerichtlich gebeten wurden, diese Punkte klarzustellen.

Das Thema „Freie Schulwahl“ nehmen wir natürlich ernst. Aber klar ist, dass wir schon für einen gewissen Ausgleich, übrigens auch schon im Sinne der investierenden Kommunen, sorgen müssen. Das ist, glaube ich, eine völlig selbstverständliche Vorgehensweise.

Ich selbst war über viele Jahre Schulbürgermeisterin der Landeshauptstadt Stuttgart, auch in der letzten Legislaturperiode. In der letzten Legislaturperiode hat sich häufig der Bedarf gezeigt, dass man auf mich zugekommen ist, weil Schülerlenkung durch die SPD-geführte Kultusverwaltung notwendig wurde. Da ging es gar nicht um die Frage des Schulprofils, sondern da ging es um das Thema G 8/G 9. Weil der Wunsch nach G 9 relativ groß war, wurden im Durchschnitt 50 bis 80 Schülerinnen und Schüler auf G 8 umgelenkt, sehr zum Ärger der Eltern, mit hoher Konsequenz der SPD-geführten Kultusverwaltung. Ich sage Ihnen ehrlich: Ich habe das als Schulbürgermeisterin auch immer mitgetragen, weil ich es verstanden habe, dass man einen gewissen Ausgleich braucht und nicht in jedem Schuljahr darauf reagieren kann, wo Eltern ihre Kinder hinschicken wollen. Aber es ist die Ultima Ratio. Uns geht es darum, Elternwünsche bestmöglich zu berücksichtigen. Das macht meine Schulverwaltung auch.

Aber die Aufforderung, für Rechtssicherheit da, wo sie notwendig ist, zu sorgen, haben wir aufgegriffen. Dahinter steckt kein politisches Geheimnis und auch nicht die Absicht, durch die Hintertür irgendetwas einzuführen, sondern wir schaffen hier Rechtsklarheit über ein Vorgehen, das seit Jahrzehnten nicht nur in Baden-Württemberg, sondern in ganz Deutschland gang und gäbe ist. Deshalb ist das nichts Geheimnisvolles, nichts Böses, sondern die Schaffung einer rechtlichen Grundlage, auf die wir vom Gericht hingewiesen wurden. Das tun wir.

Deshalb bitte ich hier für diese Vorschläge, die wir Ihnen im Rahmen einer Schulgesetzänderung vorgelegt haben, um Zustimmung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Bitte schön, Herr Abg. Born.

(Abg. Daniel Born SPD begibt sich zum Redepult. – Abg. Raimund Haser CDU: Das Laufen zum Redepult wird nicht von der Redezeit abgezogen!)

**Abg. Daniel Born SPD:** Nur damit das Parlament auch das letzte Wort hat

(Vereinzelt Heiterkeit)

– das ist auch in eurem Sinn. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, nur um das klarzustellen: Ein Gericht tritt nicht mit einer Bitte an die Landesregierung heran. Wenn Sie sagen, Frau Ministerin, Sie seien vom Gericht gebeten worden, ist das eine völlige Missinterpretation dieses Urteils.

Nur um es noch einmal zu erwähnen: In der Aktuellen Debatte zu den kleinen Grundschulstandorten haben Sie gesagt: „Das Entscheidende ist, sie sind halt teuer.“ Wenn Sie sich nun hier ein Gesetz schustern, mit dem Sie aufgrund von Ressourcenargumenten entsprechende Schülerzuweisungen machen können, dann ist das eine Gefahr für „Kurze Beine, kurze Wege“. Wir lehnen Ihr Gesetz ab.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Jetzt können wir in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 16/5421 kommen. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kultus, Jugend und Sport, Drucksache 16/5682. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen.

Zum Gesetzentwurf liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/5718, vor, den ich dann bei Artikel 1 zur Abstimmung stellen werde.

Ich rufe auf

Artikel 1

mit den Nummern 1 bis 5. Bevor wir in die Abstimmung über diesen Artikel eintreten, darf ich noch folgenden Hinweis geben: Im Einleitungssatz muss die Fundstellenangabe der letzten Änderung, die bislang offen geblieben ist, noch aufgenommen werden. Die letzte Änderung bezieht sich auf Artikel 8 des heute unter Tagesordnungspunkt 2 vom Landtag beschlossenen Gesetzes zur Umsetzung des Qualitätskonzepts für die öffentlichen Schulen in Baden-Württemberg, Drucksache 16/5422. Ich bitte Sie, damit einverstanden zu sein, dass das Ausfertigungs- und Verkündungsorgan ermächtigt wird, die Fundstellenangabe der letzten Änderung vor der Verkündung des Gesetzes zu aktualisieren. – Ich sehe, Sie sind damit einverstanden.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Zu Artikel 1 ist nummernweise Abstimmung gewünscht worden.

Ich rufe daher Nummer 1 zur Abstimmung auf. Wer Nummer 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Nummer 1 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe Nummer 2 mit den Buchstaben a und b auf und schlage Ihnen vor, dass wir Nummer 2 insgesamt zur Abstimmung stellen. – Damit sind Sie einverstanden. Wer Nummer 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Nummer 2 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu Nummer 3. Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/5718, vor. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? –

(Zuruf: Das war knapp! – Vereinzelt Heiterkeit)

Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wer Nummer 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist Nummer 3 mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu Nummer 4. Wer Nummer 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Nummer 4 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe Nummer 5 auf. Wer Nummer 5 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Nummer 5 mehrheitlich zugestimmt.

Jetzt rufe ich auf

#### Artikel 2

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 2 mehrheitlich zugestimmt.

#### Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 13. Februar 2019 das folgende Gesetz beschlossen.“

#### Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

#### Schlus s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Vielen Dank. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz ist mehrheitlich zugestimmt.

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

#### **Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz des Landes Baden-Württemberg für den Übergangszeitraum nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union (Brexit-Übergangsgesetz BW – BrexitÜG BW) – Drucksache 16/5677**

Das Präsidium hat eine Redezeit für die Fraktionen von je fünf Minuten festgelegt.

Ich darf für die Regierung Herrn Minister Wolf das Wort zur Begründung erteilen.

**Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Uhr tickt. Noch sechs Wochen bis zum Brexit, sechs Wochen, bis zum ersten Mal in der 60-jährigen Geschichte ein Mitgliedsstaat der Europäischen Union den Rücken kehrt, sechs Wochen, in denen die Europäische Union und das Vereinigte Königreich alles dafür tun müssen, einen geregelten Brexit sicherzustellen, und sechs Wochen, in denen wir uns auch auf einen harten Brexit einstellen sollten, einen Brexit ohne Austrittsabkommen; denn er ist noch immer nicht vom Tisch.

Wir schauen in diesen Tagen alle mit Erstaunen und Unverständnis nach London. Das britische Unterhaus hat am 15. Januar das Austrittsabkommen mit einer deutlichen Mehrheit abgelehnt und zugleich der Premierministerin eine nie da gewesene Niederlage zugefügt. Diese Premierministerin muss jetzt das Austrittsabkommen noch einmal aufschneiden. Das ist aus unserer Sicht nicht akzeptabel.

Die Verhandlungsführer haben lange um diesen Text gerungen. Das Austrittsabkommen enthält einen ausgewogenen Kompromiss für beide Seiten. Es sichert die Rechte der Bürgerinnen und Bürger, es gewährleistet die finanzielle Entflechtung, und es sieht einen Übergangszeitraum vor.

Der Europäischen Union ist gerade mit dem viel zitierten Nordirland-Backstop – die Nordirland-Frage dürfte am Ende die entscheidende Frage sein – bereits einen großen Schritt auf das Vereinigte Königreich zugegangen. Dieser Kompromiss sollte nicht mehr aufgemacht werden. Das hat Kommissionspräsident Juncker vergangene Woche zu Recht noch einmal bekräftigt. Wenn die Folgen dieses Brexits eine positive Wirkung an den Tag gebracht haben, dann war es die Erkenntnis, dass sich die EU-27 in dieser schwierigen Frage nicht auseinanderdividieren lassen, und dabei muss es bleiben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Zuruf: Bravo!)

Deshalb sollten wir am Austrittsabkommen festhalten. Denn es könnte für beide Seiten gerade noch eine weiche Landung ermöglichen und ein totales Chaos verhindern.

Machen wir uns nichts vor: Der Brexit wird viele Verlierer an den Tag bringen. Ich weiß nicht, ob Sie es in den letzten Tagen in den Medien gelesen haben – ich zitiere –:

*Ein ungeordneter Brexit könnte nach neuen Berechnungen die Arbeitsplätze von 100 000 Menschen in Deutschland gefährden.*

(Minister Guido Wolf)

Es ist auch auf Baden-Württemberg heruntergebrochen. Viele Arbeitnehmer – es ist die Rede von 726 oder rund 0,3 % – müssten demnach auch im Landkreis Böblingen um ihre Stellen fürchten. Unter den 30 am stärksten betroffenen Landkreisen befinden sich demnach auch der Landkreis Tuttlingen mit 309 Stellen,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das geht ja gar nicht!)

der Bodenseekreis mit 375 Stellen, der Landkreis Biberach mit 354 Stellen, der Landkreis Rottweil mit 242 Stellen. Das sind Auswirkungen des Brexits vor unserer eigenen Haustür: Verlierer allenthalben. Deshalb gilt für uns nach wie vor: Wir haben uns diesen Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union nicht gewünscht. Die Tür bleibt auch in der Zukunft offen.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Natürlich wollen wir unseren Beitrag leisten, das Chaos zu verhindern. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf ordnen wir die Übergangsphase, also die Zeit zwischen dem Austrittsabkommen und einer Neuregelung der Beziehungen. Wir stellen klar, dass während dieser Übergangsphase Großbritannien in unserem Landesrecht weiter als EU-Mitglied gilt. Das sichert die Rechtsstellung der mehr als 10 000 britischen Staatsangehörigen im Land und verhindert Brüche und Friktionen, die später im Zuge der Neugestaltung unserer Beziehungen wieder geheilt werden müssten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Land zeigt mit dem Brexit-Übergangsgesetz auch, dass wir weiterhin auf einen geregelten Brexit setzen; denn nur für diesen Fall gelten die Regelungen. Wir tun das, was auch die anderen Länder jetzt tun; wir tun das, was auch Deutschland jetzt tut, nämlich alle Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass es zu diesem geregelten Austritt kommen kann. Wir Baden-Württemberger wollen auch in Zukunft belastbare und vor allem freundschaftliche Beziehungen zwischen unserem Land und Großbritannien.

Großbritannien wird immer ein wichtiger Partner bleiben: in der NATO, in Fragen der inneren und äußeren Sicherheit sowie auch als bedeutender Handelspartner. Großbritannien bleibt Teil Europas, auch nach dem Brexit,

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD)

nicht nur geografisch, auch historisch, kulturell und wirtschaftlich. Dies sollten wir bei all den Auseinandersetzungen nicht aus dem Blick verlieren. Am Ende braucht es einen Brexit, der keine bleibenden Wunden schlägt, einen Brexit, der uns nicht entfremdet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sollte Großbritannien am Ende doch auf einen harten Brexit setzen und sich einem Austrittsabkommen verweigern, dann gilt es, auch darauf vorbereitet zu sein. Auf das Beste hoffen, auf das Schlimmste gefasst sein, das ist die Maxime. Da der Brexit sich in einer rechtlichen Dimension in erster Linie auf EU-Ebene auswirkt, sind hier vor allem Brüssel und Straßburg gefragt. Es liegen Regelungsvorschläge vor, etwa für den Luftverkehr, für den

Güterverkehr, für die Visumsregelungen, die wir allesamt unterstützen.

Wir im Land haben vor allem drei Aufgaben: Erstens müssen wir erheben, wie sich der Brexit auswirkt, um den Handlungsbedarf einzuschätzen, zweitens müssen wir unsere Interessen geltend machen, und drittens müssen wir Ansprechpartner für alle Betroffenen hier vor Ort sein.

Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht. Wir haben die Folgen sorgfältig erhoben, und zwar bereits im Jahr 2017 mit einer umfangreichen Brexit-Folgenabschätzung. Wir haben letzten Sommer in einem Normenscreening alle Vorschriften ermittelt, die einen EU-Bezug haben. Wir haben unsere Interessen geltend gemacht, teilweise auch gegen Widerstand. Wir haben die Bundesregierung dazu veranlasst, dass sie Vertreter des Bundesrats für die Ratsarbeitsgruppe zulässt. Wir haben die Bundesregierung dazu gebracht, eine Bund-Länder-AG zum Brexit einzurichten, in der wir uns einbringen konnten. Mein Haus hat zwei Bundesratsbeschlüsse initiiert, mit denen wir die Länderanliegen in die Verhandlungen eingebracht haben. Baden-Württemberg war nicht inaktiv, Baden-Württemberg hat diesen schwierigen und komplizierten Prozess im Sinne der Interessen der Menschen unseres Landes aktiv mitgestaltet.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Es ging vor allem um die Interessen unserer Wirtschaft, unserer Wissenschaft und unserer Sicherheitsbehörden. Sie alle setzen auch weiterhin auf möglichst enge Zusammenarbeit. Schließlich haben wir auch unsere Rolle als Ansprechpartner hier vor Ort sehr ernst genommen. Alle Ressorts stehen in engem Kontakt mit den Betroffenen aus ihrem Geschäftsbereich. So hat das Wirtschaftsministerium eine Kontaktstelle für Unternehmen eingerichtet und im November des vergangenen Jahres einen großen Brexit-Kongress veranstaltet. Das Wissenschaftsministerium hat im Herbst des vergangenen Jahres eine große Veranstaltung mit Hochschulvertretern, Experten und Gästen aus Großbritannien ausgerichtet. Die Landesregierung hört zu und ist im Dialog mit den vom Brexit Betroffenen. Wir können den Brexit nicht verhindern, aber wir können helfen, die Folgen richtig einzuschätzen und letztlich abzumildern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, am Ende wird der Brexit keine Gewinner kennen und vor allem unter unseren britischen Freunden viele zu Verlierern gemacht haben. Das haben inzwischen viele Engländer, Waliser und Schotten verstanden, und das verstehen inzwischen viele Menschen in ganz Europa. Jede Debatte über den Brexit, so hart sie auch sein mag, ist deswegen auch eine Lehrstunde in Sachen Europa, eine Lehrstunde, die zeigt, dass wir Europäer zusammen viele Vorteile, allein aber nur Nachteile haben,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

dass in Europa sicher manches besser, aber ohne Europa vieles nur schlechter werden kann.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Bravo-Rufe von der CDU)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Für die Grünen spricht Herr Abg. Frey.

**Abg. Josef Frey GRÜNE:** Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herzlichen Dank, Herr Minister, für das Einbringen dieses Gesetzes, das Sie uns sehr eindrücklich vorgestellt haben. Diese Regelungen sind vorausschauend und vernünftig. Deswegen unterstützt meine Fraktion diesen Gesetzentwurf.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Jedoch bleibt der Austritt Großbritanniens kein erstrebenswertes Szenario. Man kann nicht genug unterstreichen, wie schädlich die Auswirkungen eines harten Brexits für das britische Volk, aber auch für uns, für ganz Europa, sein werden.

Unabhängig von dem Szenario des Austritts aus der Europäischen Union wird die britische Wirtschaft in Turbulenzen geraten. In den neuesten Studien zu den Folgen des Brexits werden erhebliche negative Auswirkungen vor allem in wirtschaftlicher Form beschrieben. So zeigt eine Studie der Bank of England, dass das BIP langfristig um 8 % geringer ausfallen wird,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Abwarten!)

dass sich die Arbeitslosenrate auf 7,5 % erhöhen wird

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Abwarten!)

und die Inflation auf 6,5 % steigen wird.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Abwarten!)

Die britische Währung könnte sogar bis zu 15 % an Wert verlieren.

Der Austritt wird unmittelbare praktische Auswirkungen haben, vor allem bei einem harten Brexit, den die Bevölkerung direkt spüren wird. Bei einem No-Deal-Brexit würde der reibungslose Warenhandel über Nacht enden. Alles, was danach nach Großbritannien versendet wird, müsste dann an der Grenze kontrolliert werden, was zu massiven Verzögerungen und sicher auch zu einem Verkehrskollaps führen wird. Genauso würden britische Firmen plötzlich ihre Rechte verlieren, ihre Dienstleistungen EU-weit zu verkaufen. Britische Fluggesellschaften dürften erst gar nicht mehr in die EU fliegen, da die Zulassungen dieser Fluggesellschaften durch die EU nicht mehr anerkannt würden.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das liegt an der EU!)

Kurzfristig könnte es zu einer Einschränkung der Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten sowie zu Preiserhöhungen kommen, die auch langfristig anhalten könnten.

Glauben Sie denn, dass diese Fakten dem britischen Volk im Jahr 2016 – vor der Abstimmung zum Brexit – bekannt waren?

(Zuruf: Natürlich!)

Man hätte erwarten können, dass zumindest die politische Elite einen Plan dafür hat. Sagen Ihnen die Namen Nigel Farage oder Boris Johnson noch etwas?

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Direkt nach der Volksabstimmung haben sich nämlich die beiden prominentesten Brexit-Befürworter, Boris Johnson und Nigel Farage von den Rechtspopulisten, aus dem Staub gemacht.

(Oh-Rufe von der AfD)

Das war und ist verantwortungslos, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Oh-Rufe von der AfD)

Jetzt ist keine Zeit mehr für Spielchen und Zockereien. Das Schicksal von Menschen und auch von künftigen Generationen steht auf dem Spiel. Das ist wichtiger als jedes parteipolitische Taktieren in so einer Sache. Wir brauchen jetzt nämlich verantwortliches Handeln der Regierenden und des britischen Volkes.

(Zuruf von der AfD: Volksentscheid!)

Deshalb ist es umso wichtiger, dass das britische Volk über den ausgehandelten Brexit-Vertrag abstimmen kann, um die Handlungsunfähigkeit der britischen Legislative und der britischen Exekutive zu überwinden.

Großbritannien soll aus unserer Sicht die Tür zu einem Verbleib in der Europäischen Union offenstehen. Denn eines hat die Diskussion um die Brexit-Frage deutlich gezeigt: Statt des von manchen angekündigten Dominoeffekts, dass nach dem Brexit ein Mitgliedsstaat nach dem anderen austreten würde, sehen wir heute, dass sich viele Mitgliedsstaaten eher bestärkt darin sehen, weiterhin ein starkes Mitglied in der Europäischen Union zu bleiben.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Warten Sie mal ab! – Gegenruf: Ruhe!)

Uns in Baden-Württemberg ist das schon länger bewusst. Wir werden deshalb weiter für die Entwicklung und Stärkung der EU kämpfen und für eine EU, die für ihre Bürger Sorge trägt,

(Vereinzelt Beifall)

so wie wir es auch in unserem Leitbild beschrieben haben. Wir treten ein für die Stärkung von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten, für die Bewahrung von Frieden und Sicherheit und für den Erhalt und Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen. In Baden-Württemberg werden wir uns weiter für eine starke Union einsetzen und hoffen immer noch, dass sich Großbritannien an diesem Zukunftsprojekt weiterhin beteiligen wird. Denn davon würden alle profitieren – auf der Insel und auf dem Kontinent.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Kößler, bitte, für die CDU.

(Abg. Willi Stächele CDU: Er hat mir versprochen, jetzt Englisch zu reden! – Abg. Thomas Blenke CDU: Good Morning! – Abg. Willi Stächele CDU: Hello!)

**Abg. Joachim Kößler** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Die Kollegen haben vorgeschlagen, ich solle die englische Nationalhymne und die Europahymne singen.

(Vereinzelt Beifall)

Das werde ich natürlich nicht tun.

(Oh-Rufe – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Schade! – Abg. Peter Hofelich SPD: Land of Hope and Glory!)

Es passiert dem Landtag nicht oft, dass er ein Gesetz verabschieden muss, das er eigentlich gar nicht wollte. Man muss natürlich die Entscheidung Großbritanniens akzeptieren. Aber wir müssen dafür sorgen, dass sie nicht zum großen Nachteil für uns ist.

Ich will Donald Trump, nein, Donald Tusk, zitieren.

(Zuruf: Donald Duck! – Heiterkeit)

– Auch nicht Donald Duck. – Ich will Donald Tusk zitieren. Er hat Folgendes gesagt:

*Ich denke manchmal darüber nach, wie der besondere Platz in der Hölle für jene aussieht, die den Brexit vorangetrieben haben, ohne auch nur eine Skizze eines Plans zu haben, ihn sicher über die Bühne zu bringen.*

Die Wortwahl mag vielleicht kritikwürdig sein, aber die Äußerung zeigt, wie stark die Verärgerung in Brüssel und im sonstigen Europa über Großbritannien ist.

(Beifall des Abg. Raimund Haser CDU)

Es ist klar: Diese wichtige Entscheidung wurde planlos und ohne Konzept angegangen.

(Zuruf des Abg. Raimund Haser CDU)

Nicht nur die Regierung, sondern auch die Menschen in Großbritannien sind nicht vorbereitet.

(Abg. Anton Baron AfD: Das ist doch klar geregelt!)

Aber eines ist klar: Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht. Wir bringen ein Gesetz ein, das auf alle Eventualitäten vorbereitet. Ich begrüße deshalb den Entwurf der Landesregierung für ein Brexit-Übergangsgesetz. Das bringt Rechtssicherheit für den Übergangszeitraum. Darüber, dass dies notwendig war, besteht kein Zweifel. Das haben auch die Anhörungen gezeigt. Alle Verbände, die berührt sind, insbesondere die Wirtschaftsverbände, haben klar gesagt: Dieses Gesetz ist notwendig.

Der Minister ist schon auf die wirtschaftlichen Folgen eingegangen, insbesondere für Baden-Württemberg. Wenn man

ganz Deutschland betrachtet, geht es um 100 000 Arbeitsplätze. Insbesondere die Autoindustrie ist dabei sehr belastet. Mehrbelastungen an Zöllen von 2 Milliarden € würden bei einem ungeordneten Brexit entstehen. In Baden-Württemberg wären davon insbesondere die Automobilindustrie und die Elektroindustrie betroffen.

Aus diesem Grund ist es wichtig, dass es einen geordneten Übergang gibt. Es ist noch Zeit, manches klarzustellen. Aber ich verstehe manche Parteien in Deutschland – besser gesagt: eine Partei – nicht,

(Abg. Anton Baron AfD: Welche?)

die gegen die EU ist

(Abg. Anton Baron AfD: Was? Das ist doch Quatsch!)

und bei ihrem Parteitag eine Vorlage einbringt, die zum Inhalt hat, dass spätestens 2024, wenn sich nichts entscheidend verändert, aus der EU ausgetreten werden soll.

(Abg. Anton Baron AfD: Das stimmt nicht!)

Dadurch würde in Deutschland das gleiche Chaos wie in Großbritannien beim Brexit entstehen. Ich empfehle, sich eindeutig zu Europa zu bekennen und keine Austrittsgedanken mehr zu äußern.

(Beifall bei der CDU, Abgeordneten der Grünen und der SPD sowie des Abg. Andreas Glück FDP/DVP – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Jawohl! – Zurufe von der AfD)

Meine Damen und Herren, ein letztes Wort zum Brexit: Es muss klar sein, dass wir immer noch Hoffnung haben, dass der Brexit geordnet erfolgt. Ich schlage deshalb vor – der Minister hat auch schon gesagt, Flexibilität von unserer Seite sei notwendig –: Ein Moratorium wäre jetzt richtig. Ein Moratorium würde auch die Hoffnung bringen, dass es einen geordneten Brexit gibt und wir weiterhin gute Beziehungen zu Großbritannien pflegen.

Machiavelli hat gesagt:

*Nichts ist so hoffnungslos, dass wir nicht Grund zu neuer Hoffnung fänden.*

(Beifall der Abg. Nicole Razavi CDU)

Genau diesen Satz muss man jetzt auch anwenden. Es besteht immer noch Hoffnung, dass wir in Europa gemeinsam aus dieser Sache herauskommen.

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Ich will noch auf einen Punkt eingehen, den der Herr Minister auch schon angesprochen hat. In dieser Sache ist der Zusammenhalt Europas so groß wie nie zuvor. Aber die Ironie besteht darin, dass Europa in einer Gefährdungssituation besonders gut zusammenhält. Ich wünsche mir, dass Europa zu jeder Zeit gut zusammenhält.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen – Abg. Nicole Razavi CDU: Sehr gut!)

(Joachim Kößler)

Zum Schluss noch ein Zitat von Aristoteles. Er hat gesagt, das Ganze sei mehr als die Summe seiner Teile.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Abg. Peter Hofelich SPD: Aristoteles?)

– Ja, Aristoteles. Habe ich etwas anderes gesagt?

(Abg. Peter Hofelich SPD: Nein! – Heiterkeit)

Ich wiederhole: Er sagte, das Ganze sei mehr als die Summe seiner Teile. Das soll heißen: Das gemeinsame Europa kann nur bestehen und eine gute Zukunft haben, wenn wir die Populisten bekämpfen und ihnen sagen: Wir wollen Europa!

(Zuruf von der AfD: „Populus“ heißt Volk!)

Treten wir kraftvoll auf, um ein gemeinsames Europa zu sichern. Guido Wolf hat vorhin gesagt: „Auf das Beste hoffen, auf das Schlimmste gefasst sein.“ Das ist die richtige Haltung. Aber die Hoffnung steht im Mittelpunkt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Abg. Willi Stächele CDU: Bravo! In einer Rede Trump, Guido Wolf und Aristoteles erwähnt! – Weitere Zurufe – Unruhe)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** In unserem geordneten Verfahren hat die AfD jetzt hier vorn am Redepult das Wort. – Herr Abg. Sänze, bitte.

**Abg. Emil Sänze** AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In meinem Leben war ich immer gewarnt, wenn mein Gegenüber in Absolutismen gesprochen hat: „Es gibt keine Möglichkeit“, „das letzte und beste Angebot“, „der beste und einzige Weg“. Besonders gewarnt war ich, wenn es hieß, man müsse ein Datum erreichen. Das kennen Sie wahrscheinlich alle auch aus Ihrem Leben.

Was soll dadurch erreicht werden? Das Kaufinteresse soll geweckt werden, eine Entscheidung soll nach dem Motto herbeigeführt werden: „Ja, ich mache“, „ja, ich kaufe“, „ja, ich unterschreibe“. Mit welchen Mitteln soll dies erreicht werden? Häufig durch Angst, Panik und Unsicherheit. Ich denke, das kennen Sie alle.

Im Unterhaus des britischen Parlaments herrscht ein subtiler Fraktionszwang. Es ist nicht so wie hier im Haus. Vielmehr stimmen die Abgeordneten so ab, wie es die Wähler in ihren Wahlkreisen wünschen. Deshalb hat Theresa May keine Mehrheit im Unterhaus bekommen. Die Wähler wollen dieses Abkommen mit der Europäischen Union nicht. Sie kommen sich bevormundet vor, wollen aber keine Bevormundung durch die EU.

(Beifall bei der AfD)

Nein, sie haben es satt, bevormundet zu werden. Den britischen Wählern ist völlig egal, ob ihnen die EU-Kommissare irgendwelche Szenarien aufzeigen, was passieren könnte, wenn es keinen Ausstiegsvertrag gibt: Zusammenbruch der Börse, galoppierende Inflation, ausufernde Arbeitslosigkeit. – Merken Sie etwas? Wieder sollen Angst, Panik und Unsicherheit verbreitet werden.

Ja, natürlich kann das alles eintreten. Es könnte auch ein Meteorit auf der Erde einschlagen, und dann wäre alles vorbei.

Selbstverständlich könnten Kernkraftwerke hochgehen, und dann wäre auch alles vorbei. Angst, Panik und Unsicherheit sollen mit diesen Szenarien verbreitet werden.

Die Briten sind ein stolzes Volk, eine stolze Nation und eine sehr starke Nation. Ihre Abgeordneten im EU-Parlament sorgten immer wieder für die Wahrung britischer Interessen – ich betone: britischer Interessen. Im Ministerrat handelten sie immer Sonderkonditionen für ihre Nation aus, weil sie nicht an das schnelle, exorbitante Zusammenwachsen des Superkontinents glaubten. Insbesondere Freizügigkeit, freie Arbeitswahl, Schengen sind Knackpunkte für sie gewesen. Das Fass ist mit den Migrationsströmen übergelaufen und mit dem Asyltourismus durch die Grenzöffnung, mit den Millionen, die europaweit eingeladen wurden und auch gekommen sind.

(Beifall bei der AfD)

Deswegen haben die Briten Nein gesagt. „Jetzt reicht es, Europa“, sagten sie. Die Briten waren nie für diese Geschwindigkeit der Vereinheitlichung. Sie wollen nicht den europäischen Superstaat, sie glauben nicht daran.

Genau das bereitet nicht nur den Briten Sorgen, sondern auch unserer Fraktion. Denn immer dann, wenn sich Herrscher und Eliten über das Volk hinwegsetzten, beriefen sie sich auf die Magna Charta und das Common Law. Dem Volk wurde es zu viel, und es hat gezeigt, was es von seinen Herrschern hält: Die Briten wollen Common Understanding, vor allem aber wollen sie keine Fremdbestimmung durch eine europäische Herrscherelite, die einfach ernannt wurde.

(Beifall bei der AfD)

Das verstehen sie unter Demokratie, das wollen sie nicht. Warum nicht? Die Briten glauben an „Rule Britannia“.

(Abg. Raimund Haser CDU: Sie glauben an Lügen, die man auf Busse schreibt!)

Sie glauben an den Geist des stolzen Briten, der in diesem Lied besungen wird. Den Briten ist es egal, ob es einen Soft Brexit, einen Hard Brexit, einen Backstop oder gar nichts gibt.

Durch Kurseinbruchszenarien lassen sie sich genauso wenig beeindrucken wie durch angeblich drohende Jobeinbrüche. Sie wissen genau, dass die Geschichte ihnen recht geben wird. Die Europäische Union ist zum Scheitern verurteilt, weil sie gegen jeden wirtschaftlichen Verstand verstößt, weil sie auf uneinlösbaren Forderungen, auf fiktiven Bilanzen und Luftkalkulationen aufgebaut ist.

(Beifall bei der AfD)

Diese Europäische Union ist zum Scheitern verurteilt, weil sie auf einem allgemeinen Kapitalfluss aus den nationalen Ökonomien fußt. Die Briten glauben nicht an das europäische Projekt, schon gar nicht um jeden Preis. Die Geschichte hat ihnen gezeigt, dass sie mit ihrer Nation sehr gut gefahren sind. Auch wenn es stürmisch war, für Großbritannien geht es weiter, nach einigen Turbulenzen geht es besser weiter, ohne die Kommissare, die massiv in ihr Staatsverständnis eingreifen.

*Rule Britannia! ..., rule the waves!  
Britons never ... shall be slaves.*

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau!)

(Emil Sänze)

Deshalb enthält sich die AfD bei der Abstimmung über Ihren Gesetzentwurf der Stimme.

Ein Hinweis sei aber noch erlaubt – wenn denn schon der Hinweis kommt, dass es Arbeitsplatzverluste gibt –: Wo waren dann die Intentionen der CDU, als es um die Sanktionen gegenüber Russland ging? Wo waren sie?

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Europa zerschlagen ist Putins Politik! – Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Noch einmal für die vielen Skeptiker hier im Raum: Ich darf auf einen der renommiertesten Volkswirtschaftler Großbritanniens hinweisen, auf Patrick Minford, der ein ganz anderes Szenario darstellt, als Sie sich erhoffen, hier verbreiten zu wollen.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Grüße nach Moskau!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Für die SPD hat Herr Abg. Hofelich das Wort.

**Abg. Peter Hofelich** SPD: Werte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Sänze, um gleich mal Ihre brillanten Anglizismen hier fortzusetzen: Sie wollen hier eine Situation des Make Believe.

(Zuruf des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Sie hätten gern, dass es so ist, wie Sie es beschreiben. Aber ich sage Ihnen: Dieses Parlament lebt in seiner Mehrheit in der Realität – und Sie nicht. Das wollte ich Ihnen einmal sagen.

(Beifall bei der SPD und der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP – Zurufe von der AfD)

Ich habe als Schüler erlebt, unter welchen Mühen und Kontroversen Großbritannien der Europäischen Union beigetreten ist. Edward Heath hatte ebenso wie Premierminister Wilson dafür geworben. Dass es eine gelingende und gewichtige Partnerschaft wird, dafür haben in den Siebzigerjahren James Callaghan und Helmut Schmidt viel getan.

Dann kam Margaret Thatcher mit: „I want my money back!“ und der Idee einer Special Relationship mit den Vereinigten Staaten, die bis heute noch die britische Politik bei den Konservativen durchdringt. Das war, wenn man so will, auch schon der Beginn des Dramas.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Umso schmerzlicher ist es übrigens nun heute, dass mit Ablauf des 29. März 2019 das Vereinigte Königreich nicht mehr Mitglied der EU sein wird. So oder so, geregelt oder ungeregelt, das Schicksal heißt dann: Drittland. Dass wir heute auch in Baden-Württemberg ein Brexit-Übergangsgesetz für die

Zeit nach diesem Austritt in Ungewissheit beschließen müssen, ist auch Ergebnis einer verfahrenen Situation auf der Insel, in die die Populisten diesen Kontinent und ihr Land hineingetrieben haben. Das Schlimme: Diese verantwortungslosen Täuscher sind bislang ohne jede Einsicht, meine Damen und Herren –

(Beifall bei der SPD – Vereinzelt Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

und das übrigens auf beiden Seiten des Ärmelkanals.

Ich möchte hier an dieser Stelle – Herr Minister, Sie haben es auch angedeutet – Michel Barnier ein Kompliment machen. Er hat die Verhandlungen gut geführt, auch in unserem Sinn. Das Land Baden-Württemberg hat sich eingebracht – das darf man attestieren –, und Michel Barnier hat auch immer eine ruhige Hand bei dieser Sache bewiesen. So stelle ich mir übrigens eine europäische Vertretung vor.

Wir, die SPD-Landtagsfraktion, begrüßen den von der Landesregierung vorgelegten Gesetzentwurf. Er regelt das, was jetzt geregelt werden muss, insbesondere ohne Übergangsregelung das Ende des aktiven und des passiven Wahlrechts für Briten hier bei den Kommunalwahlen, den Kreistags- und Gemeinderatswahlen. Den Briten, die in Deutschland leben und keinen EU-Pass als zweiten Pass mehr haben, entgeht damit natürlich jetzt die Freude des Kumulierens und Panaschierens, was für diese Briten, die eine gewisse Wett- und Spiel Leidenschaft haben, natürlich ein herber Verlust sein muss.

Der Übergang soll auf einer gesetzlichen Grundlage des Bundes mit Verordnungen konkretisiert werden. Der Bundestag hat das bereits beschlossen, in der Ungewissheit eines unregelmäßigen Austritts, dessen Wahrscheinlichkeit wegen der unfähigen Taktiererei der Regierung May fast jeden Tag steigt.

Die einzige Strategie, die man erkennen kann, ist die, dass man so viel Zeit zusammenpresst, dass die Leute am Ende schwach werden und irgendwie dann kurz vorher noch zustimmen. Das ist wirklich hohe Regierungskunst in Großbritannien; das muss man schon sagen. Wenn das so ist, kann man nur darauf hoffen, dass eintritt, was der Minister sagt, dass es zu einem geregelten Übergang kommt. Uns allen fehlt aber im Augenblick die Zuversicht, wie das im britischen Parlament wirklich gelingen soll.

Mit dem Brexit sind nicht nur in Großbritannien Arbeitsplätze und Prosperität gefährdet. Er ist auch eine reale Bedrohung, die allerdings – die Zahlen des Leibniz-Instituts in Halle sind hier zitiert worden – mit 100 000 Arbeitsplätzen eine gewisse Scheingenauigkeit hat, sage ich mal. Ich wundere mich immer, wie die Wirtschaftsforschungsinstitute auf runde Zahlen kommen. Es könnte bei ihren Schätzungen auch eine andere Zahl herauskommen.

Es hat sich aber herumgesprochen, dass Baden-Württemberg mit seinem hohen Anteil an Zulieferindustrie im Automobilbereich und im Maschinenbau und der internationalen Verflechtung natürlich besonders gefährdet ist – keine Frage. Das Gute ist: In einer guten wirtschaftlichen Lage können wir das kompensieren. Die Zeiten sind aber nicht mehr ganz so einfach.

(Peter Hofelich)

Vor dem Hintergrund der Exporte von Baden-Württemberg nach Großbritannien in Höhe von 12,3 Milliarden € und der Importe aus Großbritannien nach Baden-Württemberg in Höhe von 4,4 Milliarden € wird das Hauptthema sein, dass all diejenigen Branchen, die – wenn man so will – zeitkritisch sind, mit den neuen Zollformalitäten ein größeres Problem haben werden. Da wird es sicherlich Aufholbedarf geben, wie wir das regeln können.

Es bleibt also erhebliche Unsicherheit. Wir schlittern in eine Situation hinein, die wir alle nicht wollten. Denn natürlich gehört Großbritannien zu dem Wirtschaftsraum, den wir Europa nennen. Wir ziehen Lehren aus der Situation.

Viel stärker gilt es, auf die Kraft der Aufklärung zu setzen. Gerade der ökonomische Riese Europa braucht die Besinnung auf die Ideen der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Vernunft, meine Damen und Herren. Wir brauchen das, weil ein wirtschaftlich starker Kontinent auf einer rationalen Grundlage funktionieren muss und nicht auf den Emotionen gründen darf, die hier geschürt werden.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Wir brauchen übrigens auch mehr Balance in den Regierungsformen: Föderal hilft, Extreme zu vermeiden. Westminster hat es versemmt, nicht Schottland – das möchte ich an dieser Stelle auch einmal sagen.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen eine kritische europäische Öffentlichkeit, einen wirklichen europäischen Dialog, auch über die Grenzen hinweg, und nicht nur nationale Europainterpretationen, in denen wir weitestgehend noch immer verfangen sind.

Wir brauchen aber auch Lehren für die inländische Politik. Das Brexit-Votum auf der Insel war auch eine ungelöste Spannung zwischen Zentrum und Peripherie, zwischen City of London mit dem Financial District und, sagen wir mal, Sheffield und Leeds mit den alten Stahlrevieren, zwischen den großen Weltbürgern auf der einen Seite und den in ihrem Schattendasein ventilierenden Polenhassern auf der Insel auf der anderen Seite.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Hofelich, bitte kommen Sie zum Ende.

**Abg. Peter Hofelich** SPD: Deshalb ist es wichtig, sich über die falsch geleiteten Stimmbürger nicht moralisch zu erheben, sondern dort zu sein, Frau Präsidentin, wo soziale und tatkräftige Politik Menschen aus ihrer Marginalisierung herausholt. Das sind auch der Auftrag und das Erbe, die wir aus dieser unglücklichen Situation hier ziehen werden. Es geht darum – das muss ich jetzt einmal in der Fußballsprache sagen –, dass wir auch dort den Wettbewerb um Europa aufnehmen, wo es wehtut. Tore werden in der Regel von dort aus geschossen, wo es wehtut. Europa braucht Kämpfen und nicht nur Argumentieren.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der CDU sowie Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Dr. Schweickert spricht für die FDP/DVP-Fraktion.

**Abg. Dr. Erik Schweickert** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dem derzeitigen Stand wird Großbritannien in 1 000 Stunden die EU verlassen. Nachdem das britische Unterhaus die Zustimmung zum Brexit-Übereinkommen abgelehnt hat, droht nun ein unregelmäßiger Brexit.

Das würde natürlich der Wirtschaft, aber auch den Menschen in Großbritannien und selbstverständlich auch in der übrigen EU einen maximalen Schaden zufügen. Das Spiel, das, wie ich sehe, Frau May in Großbritannien inszeniert, erinnert mich etwas an den Film „... denn sie wissen nicht, was sie tun“, in dem zwei pubertierende Kids auf eine Klippe zufahren und derjenige als Feigling ausgelacht wird, der zuerst abspringt. Solch ein Angsthasenspiel scheint Frau May nun auch hier durchzuführen – mit dem einen Unterschied: Der Schaden droht jetzt nicht den beiden Zockern im Auto, sondern 64 Millionen Briten und – das ist aus unserer Sicht vielleicht noch wichtiger – 443 Millionen Menschen im Rest der EU.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich stimme dem Kollegen Hofelich zu – bei den Grünen, gerade bei Beate Böhlen, ist es ja nicht gerade auf Freude gestoßen, dass ich das das letzte Mal so gesagt habe –: Die May macht das, was man früher als „die Braut schöntrinken“ bezeichnet hat. Sie macht die Braut schönwarten.

Aber es kommt mir immer mehr so vor, dass einfach bis kurz vorher gewartet wird, und dann ist das so vorteilhaft, dass man vielleicht doch zustimmt. Dass diese Regierungskunst tatsächlich keine hohe ist, dem kann man nur zustimmen.

Wenn man sich dieses Spiel anschaut, das die britische Wirtschaft hier treibt, dann sieht man: Der wichtigste Handelspartner der Briten ist die EU. Aber wie soll denn ab April der Handel mit der EU stattfinden?

Im Moment verwenden die Firmen Unsummen dafür, sich mit Notfallplänen darauf vorzubereiten. Aber Produktivität ist definitiv etwas anderes.

Wir müssen uns vorbereiten. Wir brauchen eine Möglichkeit, wie man nach dem 29. März mit Großbritannien umgeht. Das tut das Land, Herr Minister, indem wir das Thema Wahlen klären. Das finden wir auch gut; das unterstützen wir. Aber was wir im Moment halt noch nicht sehen, ist, wie es eigentlich an den Außengrenzen ablaufen soll, in den Häfen von Calais und Dover. Wie ist es denn mit dem Nachschub für Fabriken und Supermärkte? Wir wissen ja, dass auch bei uns in Baden-Württemberg Firmen von diesem Handel profitieren.

Heute ist es so, dass ein Schiff, das in Dover ablegt, in sechs Wochen in Japan ankommen wird. Da finde ich die Zwischenrufe der AfD „Warten wir mal ab!“ schon interessant. Herr Gögel, Sie kommen doch aus der Speditionsbranche. Haben Sie schon einmal einen Lkw weggeschickt, bei dem Sie nicht wissen, wie er überhaupt abgeladen werden soll?

(Abg. Udo Stein AfD: So ein Quatsch! – Abg. Bernd Gögel AfD: Wir haben Jahrzehnte mit England Handel betrieben!)



(Dr. Erik Schweickert)

Sie müssen sich überlegen, dass man bei den Waren, die heute losgeschickt werden, nicht weiß, ob sie am Zielort verzollt werden oder nicht. Wer dann, wie die AfD, einfach so tut und sagt, man könnte einfach auf die Zölle verzichten, der weiß nicht, dass es in der WTO Meistbegünstigungsklauseln gibt. Das heißt, die Länder haben gar keine andere Wahl, als die Zölle zu erheben. Denn dann, wenn sie das nicht täten, würden sie alle WTO-Mitglieder mit diesem Nullsteuersatz gleichstellen.

Also, es liegt im Interesse der Menschen und der Wirtschaft, dass man sich heute darüber Gedanken macht, was dann passiert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der SPD)

Alles andere wäre hierzulande wirklich naiv. Über den ungeordneten Brexit kann man sich jetzt ja streiten. Aber zumindest haben wir Studien, die uns sagen, dass in Deutschland insgesamt 100 000 Arbeitsplätze – viele davon auch in Baden-Württemberg – direkt betroffen wären. Und tatsächlich – Böblingen ist genannt worden – sind es IBM, Siemens. Das ist also ein Thema, das Baden-Württemberg betrifft. Wenn wir wissen, dass es in Baden-Württemberg um 15 000 Arbeitsplätze geht, die direkt vom Handel mit Großbritannien abhängen, dann haben wir ein ureigenes Interesse, dass wir uns als Vertreter des Landes Baden-Württemberg klar positionieren und wissen, was dann zu tun ist.

Diese Szenarien, die auf dem Tisch liegen, sind keine Schwarzmalerei. Wenn die Exporte in einer Größenordnung von ungefähr einem Viertel zurückgehen, dann bedeutet das für das baden-württembergische Ausfuhrvolumen, das 2017 bei 11 Milliarden € lag, einen Rückgang um 4,4 Milliarden €. Das muss man erst einmal wegpuffern.

(Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: 25 % von 11 Milliarden €?)

In diesem Bereich, meine Damen und Herren, ist es schon wichtig, dass man nicht einfach zuschaut, abwartet und – wie bei den Briten üblich – vielleicht Tee trinkt. Deswegen unterstützen wir dieses Brexit-Übergangsgesetz. Sonst passiert das, was oftmals geschieht: dass man dem Problem hinterherhelfelt, wenn man vorher nichts getan hat.

Was wir im Verfahren aber deutlich ansprechen müssen, Herr Minister, sind die Verflechtungen von Baden-Württemberg und von baden-württembergischen Institutionen mit Großbritannien. Welche Rechtsbeziehungen hat denn Baden-Württemberg darüber hinaus? – Zu unserem Antrag dazu gibt es noch keine Stellungnahme. Dazu hat Ihr Haus, Herr Minister, Fristverlängerung erbeten, weil man das Ganze erst noch mit den Institutionen abklären muss. Aber hier, Herr Minister, bitte etwas mehr Dampf. Wir haben nur noch diese 1 000 Stunden, um das zu klären. Dann muss das im Rahmen der Verhandlungen auch besprochen werden.

Wir freuen uns auf die Auseinandersetzung dazu.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Jetzt haben sich noch die Herren Abg. Dr. Fiechtner und Dr. Gedeon zu Wort gemeldet.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Die zwei sind eine echte Plage!)

Herr Abg. Dr. Fiechtner, bitte.

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Freiheit und Souveränität heißen die Worte, über die wir jetzt hier an dieser Stelle reden. Wir reden von der Souveränität eines Volkes in einer der ältesten Demokratien dieser Welt, das in freier Wahl entschieden hat – nach monatelangem Ringen, bei dem die Emotionen hochgekocht sind, bei dem die Gegner eines Ausstiegs alle Register gezogen haben,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Und die Befürworter? Das ist doch lächerlich! – Zuruf des Abg. Raimund Haser CDU)

um diese Entscheidung anders zu gestalten, und bei dem die befürwortenden Propagandisten in dieser Abstimmung unterlegen sind.

Ich begrüße es sehr, dass Minister Wolf endlich ein Ausstiegsgesetz den Brexit betreffend vorgelegt hat. Das ist längst überfällig, und es ist zum Glück geschehen.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Ich bin aber auch entsetzt über die Stimmung, die in diesem Parlament verbreitet wird – sogar vonseiten FDP/DVP.

(Lachen der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Anstatt dass man die souveräne Entscheidung dieses Volkes schätzt und ehrt, macht man diese Leute madig.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Ich werde mit Spannung verfolgen – ich werde am 26. März in Oxford bei meinem älteren Sohn sein, der dort studiert –, wie dieser Schritt Großbritanniens in eine neue Freiheit vorstättengeht.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Sollte sich die EU weiter so verhalten wie die beleidigte Leberwurst – da will jemand nicht mehr mitspielen, also zeigen wir ihm die Rote Karte –, wenn die EU ihre erpresserische Haltung weiterhin aufrechterhält, statt die alten Ideale, aufgrund derer die EU gegründet wurde, nämlich den freien Handel, den freien Austausch von Waren und Dienstleistungen, weiter hochzuhalten, auch wenn man bei anderen Fragen eben nicht mehr mitspielen will, dann braucht man sich doch nicht zu wundern, dass das britische Parlament in seiner Souveränität ebenfalls einen solchen Deal ablehnt.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Die EU, die in dieser Anmaßung weiter vorgeht und hochmütig nicht zulässt, dass ein Land in freier Entscheidung eben auch einmal weggeht, wird sich sehr wohl sehr kritisch betrachten lassen müssen, denn die zentrifugalen Kräfte werden dadurch nur zunehmen.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Dr. Fiechtner, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Kein Land wird sich auf Dauer von einer Großinstitution reinreden lassen, z. B. in der Migrationspolitik. Wir sehen ja schon bei Italien, dass erwogen wird, neue Währungen einzuführen.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Dr. Fiechtner!

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Wir werden sehen, was mit Italien passiert, was mit anderen Ländern passiert. Ich bin der Zuversicht: Wenn man es gelassener angeht, hätten alle etwas davon.

(Beifall des Abg. Bernd Gögel AfD)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Dann Herr Abg. Dr. Gedeon, bitte.

**Abg. Dr. Wolfgang Gedeon** (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die EU sitzt auf einem hohen Ross. Sie glaubt, ein Exempel statuieren zu können. Sie mutet den Engländern zu, eine Zollunion weiterzuführen – unbefristet und ohne irgendeinen Einfluss auf die Politik dieser Zollunion zu haben. Das ist einfach eine Zumutung. Das werden die Engländer zu Recht – so viel Nationalstolz haben sie – nicht unterschreiben. Das weiß man ganz genau.

Hier preist man die Einheit, die sich jetzt von der EU zeigen würde, an. Die Probe kommt doch erst, meine Damen und Herren. Das ist doch jetzt nur das Vorspiel. Die Einheit muss sich bewähren, wenn es darum geht, wer das zahlt, was bisher die Briten gezahlt haben. Da gibt es dann die großen Auseinandersetzungen. Dann werden wir einmal sehen, wie diese ganze EU wackelt. Die EU hat keine Zukunft, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Für die ganzen Probleme – Migration usw. – ist die EU verantwortlich. Die einzige Zukunft der EU wäre das, was als

Szenario 2 angegeben ist: Rückführung auf eine Freihandelszone. Das würde funktionieren, und das würde auch genügen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Sie, meine Damen und Herren, glauben an Ihre Sachen selbst nicht. Sie sagen immer, wir seien irrational, aber in Wirklichkeit ist es ein Pfeifen im Walde, was S i e machen.

(Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Das sind Beschwörungen, Beschwörungsrituale, die Sie machen. Ihre EU-Phraseologie ist letztendlich ein gescheiterter, ein verkappter Nationalismus – ein Ersatznationalismus, den Sie mit Ihrer ganzen EU-Hochjubelei haben.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Für mich klingt das in der Tat eher nach einem Schwanengesang auf die EU als nach einer rationalen Argumentation.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Meine Damen und Herren, es liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir haben die Aussprache damit beendet.

Ich schlage Ihnen vor, den Gesetzentwurf Drucksache 16/5677 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Europa und Internationales zu überweisen. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Wir haben Punkt 4 der Tagesordnung erledigt und sind am Ende unserer heutigen Sitzung angelangt.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 20. Februar 2019, um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

**Schluss: 12:15 Uhr**

**Anlage 1**

**Wahlvorschlag**

der Fraktion GRÜNE

**Nachwahl eines stellvertretenden Mitglieds des Verwaltungsrats  
des Badischen Staatstheaters Karlsruhe**

Es scheidet aus:

Frau Bettina Lisbach

Zur Wahl wird vorgeschlagen:

Frau Dr. Ute Leidig

05.02.2019

Andreas Schwarz und Fraktion

---

**Anlage 2**

**Wahlvorschlag**

der Fraktion GRÜNE

**Umsetzung im Parlamentarischen Kontrollgremium**

Funktion	scheidet aus	tritt ein
Mitglied	Filius	Maier
stellvertretendes Mitglied	Maier	Filius

05.02.2019

Andreas Schwarz und Fraktion

**Vorschlag**

der Fraktion der CDU

**Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen**

Gremium	Funktion	scheidet aus (* verstorben am 11.01.2019)	tritt ein
Ständiger Ausschuss	Mitglied	Dr. Lasotta*	Deuschle
Ausschuss für Finanzen	stellvertretendes Mitglied	Dr. Lasotta*	–
Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst	stellvertretendes Mitglied	Dr. Lasotta*	–
Ausschuss für Soziales und Integration	Mitglied	Dr. Lasotta*	Huber
Ausschuss für Verkehr	stellvertretendes Mitglied	Dr. Lasotta*	–
Petitionsausschuss	stellvertretendes Mitglied	Dr. Lasotta*	–
Ausschuss für Europa und Internationales	Mitglied	Deuschle	Huber
Parlamentarisches Kontrollgremium (PKG)	Mitglied stellvertretendes Mitglied	Dr. Lasotta* Gentges	Gentges von Eyb

12.02.2019

Dr. Reinhart und Fraktion

## **Vorschlag**

der Fraktion der AfD

### **Umbesetzung bei den Schriftführern**

Funktion	scheidet aus	tritt ein
Schriftführer	Dr. Merz	Räpple

---

### **Umbesetzung beim Wirtschaftsausschuss**

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau	stellvertretendes Mitglied	Gögel	Sänze

---

11.02.2019

Gögel, Baron und Fraktion